



# Politische Uebersicht.

Magdeburg, 16. Januar 1905

## Militärjustiz.

Am bürgerlichen Bestenwille wird in diesen Tagen wieder einmal lautes Jublieren hörbar sein. Der Nechtswind des Kasseler Kriegesgerichts, das in Dessau zwei Menschenleben durch harte Zuchthausstrafe an der Wurzel kraß, ist besichtigt, die unglücklichen Soldaten Günther und Bolt sind gerettet vor der entsetzenden Zuchthausstrafe, in nicht viel mehr als Jahresfrist winkt ihnen wieder die Freiheit. Die scharfe Kritik, die das Dessauer Zuchthausurteil erfuhr, hat gewirkt. Wie gut, daß es im Militärstrafprozess eine Verknüpfung gibt! Wie einflussreich hat sich wieder einmal die Stimme der öffentlichen Meinung gezeigt! Ihr verdanken wir es vor allem, daß jenes entsetzliche Urteil vom 11. November aufgehoben wurde. Ganz so schlecht ist die Militärjustiz doch nicht, wie sie in sozialdemokratischen Blättern hingestellt wird. Ihre Spruchpraxis steht oft im Gegensatz zum Rechtsempfinden des Volkes, aber sie bemüht sich, begangene Fehler wieder gutzumachen. Das beweist die Korrektur, die das Magdeburger Oberkriegsgericht an dem Spruch des Kasseler Kriegesgerichts vorgenommen hat.

So und ähnlich wird man es heute, morgen und die nächsten Tage lesen können in den Blättern, die die bürgerliche Ehrbarkeit des Morgens auf dem Frühstückstisch findet. Haben sie recht? Muß man wirklich das Urteil, das in zweiter Instanz gegen Günther, Bolt und Heim gefällt worden ist, prüfen ob seiner „Gerechtigkeit“? Wo ist tatsächlich die Militärjustiz rehabilitiert, weil in Magdeburg eine gelindere Strafe verhängt wurde wie in Dessau?

Genau, 15 Monate Gefängnis sind keine 5 Jahre Zuchthaus. Wenn die armen Soldaten denn doch einmal verurteilt werden müssen, dann soll man Genugtuung darüber haben dürfen, daß ihre Strafe bedeutend gemildert wurde. Aber weder kann, mißfolge der Magdeburger Urteils die Auflassung über die Militärjustiz einer Revision unterzogen, noch kann es handelt werden, daß die Soldaten Günther und Bolt hinnehme eine „echte“ Strafe erteilt hätte. Neben dem Kasseler Urteil, das eine Milderung erfuhr, stehen noch andere Urteile der Kriegesgerichte, die dasselbe schämende Entgegen bei dem unbeteiligten hervorriefen wie das Dessauer, die auch in der Berufungs- und Revisionsinstanz aufrechterhalten wurden. Der Geist, der unsere militärische Rechtsprechung regiert, wird nicht anders, weil einmal ein Fehlurteil korrigiert wurde, und das Verlangen nach einer gründlichen Reform unseres Militärstrafgesetzbuchs und der Militärstrafprozessordnung darf nicht vermindert, weil die erregte öffentliche Meinung einmal ein Zugeständnis erhielt. Denn im Militärstrafwesen leben nicht einmal die Rechtsgrundsätze, die das bürgerliche Strafrecht kennt, um ganz von den Forderungen zu schweigen, die fortgeschrittene Kriminalpsychologie an den Strafprozess und das Strafgericht richten. Den Vorschriften einer eisernen Disziplin, die nicht auf einseitiger Unterordnung des einzelnen unter die Anforderungen des Ganzen, sondern auf Tötung jedes Selbstständigkeitsgefühls beruht, trägt die Militärjustiz allzu reichlich Rechnung. Ihre Lebensentwürfe dienen der Aufrechterhaltung jenes Kadavergehorsams, der für beschränkte Kommissivität die erste Vorbedingung der Schlagfertigkeit eines Heeres ist und der notwendig zu solchen Grundtendenzen führen muß, wie sie die Dessauer Richter verkündeten. Wir bekämpfen dieses System und wir haben keine Ursache, in diesen Kampf einzuhaken, weil einmal ein Militärgericht eine bessere Einsicht wie die Vorinstanz erkennen ließ.

Es ist nur das Strafmäß in zweiter Instanz unbillig, so ist der Grund, deshalb das Militärstrafgesetz zu prüfen. Die eingehende Beweisaufnahme in zweiter Instanz hat bewiesen, daß die beiden Soldaten ihr Leben und das der Mörder ihrer Begleitung schützten, als sie dem betrunkenern Untergebenen der Waffe anwandten. Ob der Mann auch noch nachher als er ungeschädlich geworden war, Prügel erhielt, oder sie ihm verabscheute, ist vollkommen unauferklärbar geblieben. Es war schlimm, sehr schlimm, daß die Dessauer Richter die beiden Soldaten dafür glaubten auf fünf Jahre ins Zuchthaus schicken zu müssen, aber es ist nicht viel weniger schlimm, daß es schließlich nur 18 Monate Gefängnis geworden sind. Auch für die Verteilung dieser Strafe bleibt richtig, was wir bei der Beleuchtung über das erstinstanzliche Urteil geschrieben:

Jeder Soldat hat die Pflicht, nicht zu ziehen, wenn ein feindlich befehlender Vorgesetzter mit seiner Waffe um sich herum ist. Jeder Soldat hat die Pflicht, mit den Händen an der Fohrenacht sitzen zu sehen, wenn der Vorgesetzte mit der Klinge auf ihn eindringt. Jeder Soldat hat dagegen das Recht, unzufallen, wenn er tot ist.

Das ist Recht nach dem Militärstrafgesetzbuch nach der Ansicht des Magdeburger Oberkriegsgerichts nicht weniger wie nach der Ansicht des Kasseler Kriegesgerichts, wegen der über diesen prinzipiellen Bedeutung des Urteils kommt es nicht notwendig in Betracht, daß das Oberkriegsgericht das Vorhandensein von „Ausrubr“ verneinte und so die beiden Soldaten vor dem Zuchthaus rettete. Auch die 18 Monate Gefängnis erscheinen dem menschlichen Empfinden als eine gellende Verkürzung allen Rechts. Sie treffen die Angeklagten nicht so schwer wie das Urteil erster Instanz, aber sie weichen um nichts weniger für die Militärjustiz, deren Zweck nur ein neues Blut angereicht wurde.

So zeigt uns auch der Urteilspruch zweiter Instanz, in welcher schroffen Gegensatz Rechtsempfinden im Volk und Rechtsanwendung durch die Militärgerichte zueinander stehen. Es liegt nicht an den Richtern, sondern am System, dessen strenge Regeln von ihnen angewandt werden mußten.

Besser kann es auch nur werden mit der Abschaffung des Systems. Mögen deshalb bürgerliche Organe zustimmen, weil aus 5 Jahren Zuchthaus 18 Monate Gefängnis wurden. Wir schauen tiefer, weil wir nicht an der Aufricht-

erhaltung, sondern an der Abschaffung des Militarismus interessiert sind, und für uns selbst das Urteil zweiter Instanz, was das Urteil erster Instanz auch für zahlreiche bürgerliche Organe gewesen ist: Ein Zeugniss, der seine Wurzeln im bestehenden Militärstrafrecht hat.

Die Tyrannei eines Strafgesetzbuchs voller Bestimmungen, die allem lebendigen Rechtsempfinden fremd gegenüberstehen, lastet auf unsern Brüdern im Waffenrock. Hunderttausende bedroht es täglich und für viele unter ihnen wird es zur Quelle namenloser Qual. Auch das letzte Urteil des Magdeburger Oberkriegsgerichts lehrt uns, wie dringend eine Reform des Militärstrafwesens an Haupt und Gliedern ist.

Eine Würdigung des Urteils von juristischen Gesichtspunkten aus wird erfolgen, wenn der genaue Wortlaut des Urteils vorliegt.

## Die Misshandlung des Reichstags.

Ein Parlament, das solche Niedertrachten anführt wie die „Zudemittelt“-Debatte des Budgetausschusses, darf sich nicht wundern, wenn es der Misshandlung der Regierung verfällt. Das Bestreben der Reaktionskräfte, den Schwerpunkt der deutschen Politik aus dem Reichstag in den preussischen Landtag zu verlegen, erfährt durch die Haltung der bürgerlichen Reichstagsparteien kein Gegengewicht.

Im Reichstag sind dieser Tage zwei Interpellationen eingebracht worden, eine sozialdemokratische, die das große Ereignis des Tages, den Ausstand im Ruhrrevier betrifft, und eine konservative, die den Zweck verfolgt, Deutschland zum Volkkrieg gegen Oesterreich scharf zu machen. Diese beiden Interpellationen wurden statt im Reichstag im preussischen Abgeordnetenhaus beantwortet.

Die Zurückstellung der konservativen Interpellation erfolgte unter freudiger Zustimmung der Interpellanten, die ihre dunklen Geschäfte viel lieber im Abgeordnetenhaus als im Reichstag erledigen. Es geschah offenbar aus Verabredung, daß sich der Reichskanzler, der es bisher abgelehnt hat, sich im Landtage über eine so eminente Reichsangelegenheit wie die Handelsverträge zu äußern, diesmal unstimmen ließ. Im Reichstag hätten die Sozialdemokraten es sich nicht nehmen lassen, auch ihr Wortlein mitzusprechen, und das mußte verhindert werden. Die Interpellation der Konservativen wird zwar aufrechterhalten, sie hat aber allen Sinn verloren, da der Kanzler sie ja schon im voraus beantwortet hat.

Gegen den Willen der Interpellanten aber erfolgte die Zurückstellung der sozialdemokratischen Interpellation. Die Herren von der Regierung erklärten einfach, daß sie am Sonnabend für den Reichstag keine Zeit hätten, weil sie dem Abgeordnetenhaus Rede und Antwort stehen müßten. So wurde dort die brennend wichtige Arbeiterangelegenheit des Ruhrreviers in Abwesenheit der Arbeitervertreter in aller Ruhe und Bequemlichkeit behandelt.

Den sozialdemokratisch verfeuchten Reichstag möglichst wenig zum Worte kommen zu lassen, ihn so spät wie möglich einzuberufen, ihn so rasch wie möglich wieder zu schließen, ihn sein Arbeitspensum auf das unbedingt Notwendigste einzuschränken und ihm möglichst wenig Gelegenheit zur Meinungsäußerung zu geben — das ist eine Methode, die seit Jahr und Tag schematisch abläuft, und die von den bürgerlichen Parteien schweigend gebilligt wird. In den Vorgängen vom Sonnabend hat sie nur ihren dräussichsten Ausdruck gefunden. Wenn die Landtagsherren der Regierung mit dem Finger winkten, so haben diese keine Zeit, mit dem Reichstag wichtige Reichsangelegenheiten zu beraten.

Es gibt auch Parlamente erster, zweiter und letzter Klasse!

## Deutschland.

\* Berlin, 16. Januar. Aus Südwestafrika ist wieder eine lange Verlustliste eingetroffen:

Sergeant Robert Waser in der Nacht vom 3. zum 4. Januar auf der Fahrt von Swakopmund nach Lüderitzbucht über Bord gefallen und ertrunken.

Im Geleite bei Stamprietfontein am 1. Januar gefallen: Gefreiter Leonhard Gimm.

In den Geleiten bei Groß-Nabas am 2., 3. und 4. Januar leicht verwundet: Sergeant Leonhard Wehinger, Unteroffizier Jakob Hoffmann, Reiter Walter Langner, Reiter Theodor Dibrich.

Im Geleite bei Swakopmund am 3. Januar leicht verwundet: Reiter Joseph Ritter, Friedrichs Oberarm.

Im Geleite bei Swakopmund am 3. Januar d. J. gefallen: Unteroffizier Hermann Kerschke, Unteroffizier Ventusch, Gefreiter Reiter Albert Reyer, Friedrichs.

Schwerverwundet: Unteroffizier Heinrich Endres, Schwerechter Oberarm: Reiter Edward Karwich, Schwere linker Schulter.

Leicht verwundet: Sergeant Kurt Kay, Friedrichs rechtes Bein; Gefreiter Heinrich Beyer, Friedrichs linker Oberarm; Reiter Wilhelm Wimmerfeld, Friedrichs linker Unterarm; Reiter Ludwig Kind, Schwere rechter Unterarm; Reiter Julius Dierichsdorf.

Im Geleite bei Swakopmund am 7. Januar d. J. gefallen: Reiter Georg Bremer, Schwere Unterarm. Leicht verwundet: Reiter Franzosi, Friedrichs Oberarm.

In den Geleiten bei Groß-Nabas am 2., 3. und 4. Januar leicht verwundet: Reiter Julius Kalan.

Wie Dr. Förster in der „Deutschen Tageszeitung“ mitteilt, hat die Südwestafrikanische Siedelungsgesellschaft ihren Vertreter im Schutzgebiete, Herrn Paul Maul, beauftragt, die im Schutzgebiete anstehende Teuerung der Viehpreise durch Ankauf und Zurückhaltung jedes erreichbaren Viehs auszugleichen. Herr Maul sind zu diesem Zwecke reiche Mittel zur Verfügung gestellt worden. Die kolonialpatriotische Gesellschaft wußt also die Notlage der Kolonie dazu aus, um die Hausse der Viehpreise durch künstliche Mittel noch höher zu treiben, dadurch die Notlage noch zu vermehren, sich selber aber geistliche Vorteile zuzuwenden. So handelt unsere Kolonialpatrioten, für deren Interessen der Krieg geführt wird!

## Hungarn.

Die sozialdemokratische Partei Ungarns hat bis jetzt in 112 Wahlkreisen eigene Kandidaten aufgestellt. Die „Volkstimme“, das Parteiblatt der Partei, kündigt an, in einem Aufsatz „An das Volk Ungarns!“ die Rechte des ungarischen Parlamentarismus und das Land der „Verfassung“. Das Volk Ungarns hat keine Verfassung, nur die Privilegien des Landes, die bestehende Klasse, und deshalb ist das Solongewort der Opposition, mit der sie den Schutz der Verfassung des Landes verkündet, eine lächerliche, denn sie tut nichts für die Verfassung, sie verteidigt nur Privilegien. In dem

Wahlkreise wird immer der Wahlkreis gewählt. Das ist die einzige Rettung aus dem gegenwärtigen Chaos nur die allgemeine gleiche Wahlrecht sein könnte. Die sozialdemokratische Partei wird bei den Wahlen ganz isoliert vorgehen, keinen Pakt mit irgend einer Partei, auch nicht mit der sogenannten Opposition eingehen. Die Wahlen finden vom 26. Januar bis 4. Februar statt und die Wahlbewegung ist bereits in vollem Gange. Fünf Mitglieder des Ministerrats, unter diesen der Graf Tisza, treten in der Hauptstadt als Kandidaten auf und folgen herab zum Volk, um ihre Wahlkreise zu halten.

## Frankreich.

In der Nacht zum Sonntag um 1 Uhr hat das Ministerium Combes mit 6 Stimmen Mehrheit in der Kammer einen Sieg errungen. Trotzdem ist Combes der ewigen Angriffe müde und will zum einzigen seiner Kollegen zurücktreten. Seine Freunde bestärken ihn zu bleiben. Die Entscheidung wird in einigen Tagen fallen, wenn Präsident Loubet vom Ergebnis seiner Mutter nach Paris zurückgekehrt sein wird.

## Der russisch-japanische Krieg.

Sd. Nagasaki, 16. Januar. General Sibbell hatte zur Bedingung seiner Landung gemacht, daß er hier keinerlei Besuche abzustatten veranlaßt würde. Der Gouverneur versprach ihm auch, niemand zu ihm zuzulassen. Sibbell legt am Dienstag die Heimreise fort. Der französische Gesandte in Tokio traf die nötigen Abmachungen für die Fahrt. General Sibbell sandte heute durch den hiesigen deutschen Konsul ein Danktelegramm an den deutschen Kaiser für die Verteilung des Ordens pour le mérite.

Sd. Petersburg, 16. Januar. Als Großfürst Sergius gestern Abend Moskau verließ, gab ein als Student verkleideter Mann drei Revolverkugeln auf den früheren Polizeichef General Trepow ab, ohne jedoch zu treffen. Der Mann wurde verhaftet.

Sd. Petersburg, 16. Januar. Wie aus Lodz berichtet wird, fanden dort gestern große Kundgebungen statt. Eine Gruppe Demonstranten gab auf die Polizei etwa 50 Revolverkugeln ab, wobei ein Polizist verletzt wurde. Die Polizei erwiderte das Feuer, wobei ein Schuhmacher, der eine rote Fahne trug, erschossen wurde. 16 Verhaftungen wurden vorgenommen.

## Aus der Parteibewegung.

„Leipziger Volkszeitung“ gegen „Vorwärts“. Die Erklärungen gehen weiter. Auf die Kundgebung des Parteivorstandes und der Pressekommision des „Vorwärts“ finden wir in der „Leipziger Volkszeitung“ folgende Antwort:

„Es ist eine unbestreitbare und auch unbestrittene Tatsache, daß die Redaktion des „Vorwärts“ die vom Genossen Bebel in der Sitzung des Reichstages vom 10. Dezember d. J. gegen den Posttarif-Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ gerichtete Erklärung gemißbilligt, aber diese Mißbilligung verschwiegen und vielmehr den vom Genossen Bebel verlesenen Artikel auch ihrerseits wiederholt angegriffen hat. Mit verlesenen gestattete die Redaktion des „Vorwärts“ diese Angriffe, als der Verfasser des Posttarif-Artikels, ein im Dienste der Partei mit Arbeit überlasteter Genosse, wegen einiger Kraftausbrüche von der Brodwachterpresse als „Halbverrückter“ gekränkt wurde, also in einem Augenblick, wo die einfachste Pflicht des Anstandes jedem Parteimitglied verbot, in dieselbe Kerbe zu hauen. Der „Vorwärts“ jedoch ermahnte gerade diesen Augenblick, um auf einen, wie er sagte, „krankhaft überreizten Genossen“ „Vorwärts“ zu häufen, wie „Katte und triviale Schimpferien“, „Praktikerium“, „Athletentum in Worten“, das „durch inhaltlose Phrasenhaftigkeit den sozialistischen Kampf abschwäche“, genug Vorwürfe, deren Sinnlosigkeit gerade auch vom Standpunkt des „Vorwärts“ sich schon daraus ergibt, daß sie, wenn sie einen Sinn hätten, den „Vorwärts“ ungleich schärfer treffen würden, als die „Leipziger Volkszeitung“. Diese Angriffe des „Vorwärts“ haben den Genossen Wehring zu seinem Abdruckartikel in Nr. 298 unseres Blattes veranlaßt. Es soll keineswegs verkannt werden, daß Genosse Wehring in begrifflicher Empörung mit einzelnen Wendungen die Grenze überschritten hat, die er im allgemeinen Interesse der Partei hätte beobachten sollen. Jedoch war er als politischer Leiter der „Leipziger Volkszeitung“ zur schärfsten Abwehr der vom „Vorwärts“ in gehässiger Weise angelegten Polemik nicht nur verpflichtet, sondern auch verpflichtet. Auch können die Aufsichtsinstanzen der „Leipziger Volkszeitung“, denen das Wohl der Partei ebenso am Herzen liegt wie den Aufsichtsinstanzen des „Vorwärts“ in einigen formellen Verstößen, die in der berechtigten Abwehr einer grundlosen Gehässigkeit der Partei erblickt, als in der Kampfesweise, die der „Vorwärts“ seit langer Zeit gegen die „Leipziger Volkszeitung“ beobachtet hat.

Leipzig, 12. Januar 1905.

Das Pressekomitee. Das Agitationskomitee. Die Vertrauensleute des 13. Reichstags-Wahlkreises.

Der Vorstand des Wahlvereins für den 12. Reichstags-Wahlkreis.

Der „Vorwärts“ fügt dieser Erklärung hinzu: Die Leipziger Parteigenossen, welche die obige Erklärung unterschrieben, haben sich nicht bei uns als der unterrichteten Stelle informiert, ehe sie sich die neuen inhaltlichen Beschuldigungen gegen uns zu eigen gemacht haben. Es ist daher erklärlich, daß sie die ihnen gewordenen durchaus irrigen Informationen für wahr gehalten haben.

Wir andererseits stellen fest, daß die Anklagen der obigen Erklärung, die bestimmt sind, für den gegen uns gerichteten Angriff mildere Umstände zu erwirken, von Anfang bis zu Ende gegenstandslos sind. Die Redaktion ist aber gern bereit, falls die Leipziger Parteigenossen den Wunsch haben sollten, die von ihnen unterzeichneten beweisslosen Beschuldigungen nachträglich nach zum Gegenstand eines Beweisverfahrens zu machen, ihnen jederzeit Bestand zu leisten. Wir sind überzeugt, daß sie, über das vollständige Material unterrichtet, dann selbst zu der Erkenntnis kommen, die wir im Interesse der Partei und der Wahrheit für erwünscht halten.

Für die Öffentlichkeit scheint uns die Weiterführung der Diskussion keinerlei Interesse zu haben.

## Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 16. Januar 1905.

### Parteiarbeit.

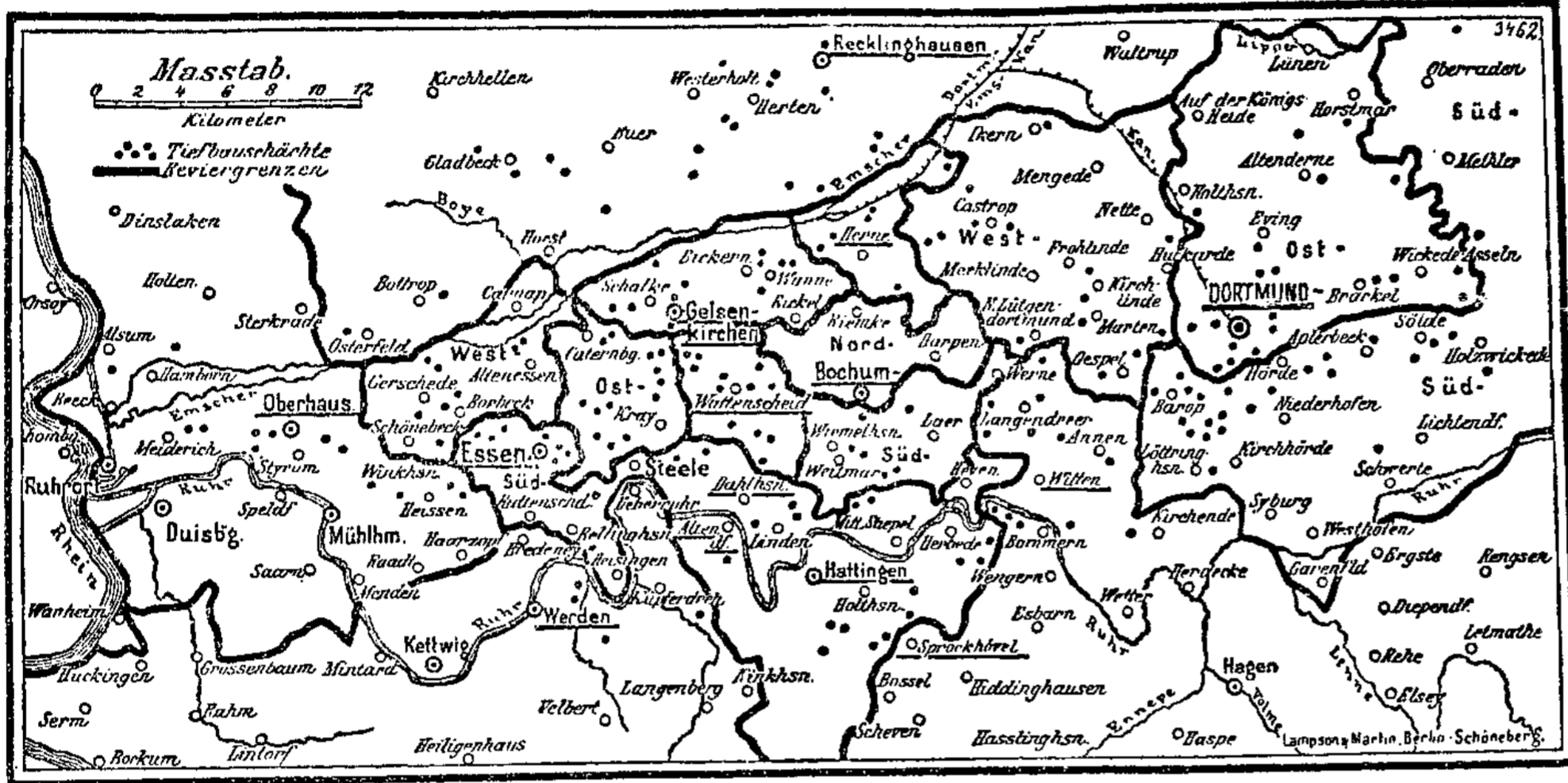
Das neue Jahr bringt neue Arbeit im Dienste der Partei. Nach dem Statut des Sozialdemokratischen Vereins muß im Januar eine Generalversammlung stattfinden, in der die Funktionäre des Vereins sich einer Neuwahl zu unterziehen haben. Vorbereitet sollen diese Wahlen in den Bezirksversammlungen werden, die morgen Dienstagabend in den verschiedenen Stadtteilen tagen sollen. Unsere Genossen werden ersucht, sich zahlreich daran zu beteiligen. Jeder Stadtteil hat am Dienstag Gelegenheit, zu den inneren Fragen des Vereins Stellung zu nehmen. Daß möglichst viele Genossen sich dabei beteiligen, ist nur erwünscht; die Situation wird dadurch geklärt und die Aussprache in der Generalversammlung erleichtert und abgekürzt. Außerdem soll morgen die Frage erörtert werden, wie der politischen Organisation der Sozialdemokratie Magdeburgs neue Mitglieder der „Volkstimme“ neue Leser gewonnen werden können. Auch diese Frage ist außerordentlich wichtig und regt hoffentlich die Genossen der einzelnen Stadtteile zu regem Besuche der Bezirksversammlungen an.

## Das Reich der schwarzen Diamanten.

Der Ausstand im Ruhrkohlengebiet nimmt bekanntlich immer größere Dimensionen an. Die Streikbewegung begann am 5. Januar mit dem Ausstand der Belegschaft der Zeche „Bruchstraße“. Die Folge eines Generalstreiks würde natürlich der schwerwiegendsten Art sein, da

eine Steigerung der Förderungen statt; gegen das Jahr 1858 um das Dreifache, gegen 1879 um beinahe das Sechsfache. Wir bringen nebststehend unsern Lesern eine Karte, aus welcher die Einteilung des Oberbergamtsbezirks Dortmund ersichtlich ist, der Bezirk ist in mehrere eingeteilt, die Namen

Die Zahl der Becken verändert sich natürlich sehr oft, viele werden aufgehoben, da die Produktion nicht mehr den Kosten entspricht oder die Kohlenlager abgebaut sind, viele werden neu aufgetan usw. 1858 gab es 292, 1868 232, 1880 198, 1891 200, 1882 192, 1888 192, 1884 186, 1885 190, 1886 179, 1887 173, 1888 167, 1893 167 Becken. Die bedeutendsten davon sind: Gelsenkirchener Bergwerks-A.G., Essener Bergwerksverein „König Wilhelm“, Dortmund Bergwerksverein „Hibernia“ in Herne, Rührer Bergwerksverein, Konsolidation Eschaffe, Pluto in Essen, Konordia in Oberhausen und andre mehr. Der Abzug des Ruhrkohlengebietes erstreckt sich vorzugsweise auf das nordwestliche Gebiet des Deutschen Reiches. Große Mengen gelangen rheinabwärts nach Holland und Belgien, mittels der Eisenbahn bis nach Frankreich, rheinabwärts nach Maastricht und mittels der Eisenbahn nach Luxemburg u. In Hamburg und Bremen begreifen die Ruhrkohlen den englischen, in Berlin den schlesischen, in den südwestdeutschen Bezirken die Kohlen des Saargebietes. Auch die Ausfuhr über Bremen und Holland ist mit Erfolg eingeleitet worden.



das Ruhrkohlengebiet den Hauptanteil an der deutschen Steinkohlenproduktion besitzt. Im Oberbergamtsbezirk Dortmund allein betrug die Produktion an Steinkohlen im Jahre 1903 64 689 594 Tonnen und übersteigt somit die Hälfte der gesamten deutschen Steinkohlenproduktion, die auf 116 637 766 Tonnen bemessen worden ist. Alljährlich findet

derselben sind: Dänabrück, Nördlich-Dortmund, Dörllich-Dortmund, Westlich-Dortmund, Sprackhövel, Witten, Dahlhausen, Bochum, Herne, Gelsenkirchen, Recklinghausen, Essen, Fronhausen, Oberhausen, Altdorfer, Werden. Die Steinkohlförderungen des ganzen Bezirks sind soweit wie möglich in der Karte durch besondere Signaturen kenntlich gemacht

die Ausdehnung des ganzen Kohlengebietes von Osten nach Westen 82 Kilometer beträgt. Die an der Oberfläche liegende Steinkohlenablagerung umfaßt einen Flächenraum von 440 Quadratkilometer, die des ganzen bis jetzt aufgeschlossenen Gebiets aber 880 Quadratkilometer.

Das eigentliche Ruhrkohlengebiet liegt in drei ausgebreiteten Mulden, der Sprackhövel-Hörselchen im Osten, der Werden-Bochumschen in der Mitte, und der Mülheim-Essenischen im Westen. Im Süden wird das zutage tretende Kohlengebiet durch die 41 Kilometer lange Linie Gerath-Wetter-Schwerte, im Norden durch die 56 Kilometer lange Linie Mülheim-Bilmerich begrenzt, während

### Deutscher Reichstag.

(118 Sitzung)

Berlin, 14. Januar, 1 Uhr

Am Bundesratsstisch: Graf Posadowsky; später Dr. Nieberding. Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Interpellation von Auer u. Gen. (Soz.) über

#### den Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier.

Auf die Frage des Präsidenten, ob und wann der Reichskanzler die Interpellation beantworten wolle, erklärt

Staatssekretär Graf Posadowsky: Der Herr Reichskanzler ist bereit, die Interpellation insoweit zu beantworten, als sie sich auf die Anwendung von Reichsgesetzen bezieht. Die Beantwortung wird erfolgen durch den preussischen Bundesratsbevollmächtigten, den preussischen Handelsminister Müller. Der Minister Müller ist aber heute an das Abgeordnetenhaus durch die dortigen Verhandlungen gebunden (Lachen und Lurche d. d. Soz.) Er kann daher erst in den nächsten Tagen die Interpellation im Reichstag beantworten. Ich werde mir erlauben, dem Herrn Präsidenten mitzutheilen, an welchem Tage das der Fall sein wird.

Präsident Graf Ballestrem: Sobald mir diese Mitteilung zugeht, werde ich die Beantwortung der Interpellation auf die Tagesordnung setzen.

Damit ist dieser Gegenstand für heute erledigt. Die zweite Lesung des

#### Zustizetat

wird beim Titel „Gehalt des Staatssekretärs“ fortgesetzt. Abg. Stadthagen (Soz.): Die Herren vom Zentrum können nicht behaupten, daß sie in dem Landtag anders sprechen, als hier im Reichstag. Das Gesetz gegen den Kontrakt der ländlichen Arbeiter und die Stellungnahme des Zentrums dazu hat das bewiesen. Es gibt Hunderte von Fällen, die zeigen, daß wir mitten in der Klassenjustiz sind. Der Abg. Venzmann sollte seine Schraut für diese Fälle mehr schärfen. Die Photographie mit dem Herrn Hüfener ist zuerst in der Rheinischen Zeitung veröffentlicht worden. Die Sache hat sich nach jeder Richtung hin belläugelt. Die Bemerkungen, die der Abg. Venzmann darüber gemacht hat, sollte man von einem freisinnigen Abgeordneten nicht erwarten. Es ist unheimlich gegen einen Behrlojen, wie den Grafen Biedler, in dieser Weise zu sprechen. Der Graf Biedler hat durchaus Grund gehabt, sich in der Gesellschaft, in der er war, wohl zu fühlen. Einige Gerichtsurteile haben den Grafen Biedler als einen vornehmen Aristokraten, als pietätvollen Menschen bezeichnet. Braucht man sich da zu wundern, wenn dem Mann der Kamm schwillt? Schuld trifft nur die Behörden, die den Anarchisten wie den Bolzen Versammlungen verbieten und die Biedler-Versammlungen gestatten; Schuld aber auch die bürgerlichen Parteien, die eine solche Unbildung besonders auf dem Lande, anrecht erhalten, daß es Leute gibt, die sich

durch die Biedler-Reden provozieren lassen. (Lachen und Widerspruch rechts und im Zentrum)

Herr Koch hat endlich gemerkt, daß das Gesetz über die Entschädigung unrichtig verhandelt nicht laugt. Diese Kenntnis kommt etwas spät; wir Sozialdemokraten haben von vornherein dagegen gestimmt, weil kein Gesetz besser ist als ein mangelhaftes. Redner polemisiert gegen den Abg. Burlage, der ihm vorgeworfen hat, er wisse nicht einmal, ob Oldenburg ein Herzogtum oder ein Fürstentum sei. Jedenfalls sei es kein Land der Gerechtigkeit. (Heiterkeit.) Er habe durchaus nicht gesagt, daß alle oldenburgischen Richter halunken seien. Richter sind Richter; wie sollte er dazu kommen, ihnen einen andern Namen zu geben? (Heiterkeit.) Ich habe nur behauptet, daß die oldenburgischen Richter im Falle Biermann-Schwepner belanglos seien, und das hat Herr Burlage am besten selber bewiesen.

Auf jeden Fall steht in der Reichsstaatsprozeßordnung, daß Richter, die selbst Partei sind, nicht als Richter fungieren können. Haben nun, wie doch angenommen werden muß, die Angeklagten den gesamten oldenburgischen Richterstand beleidigt, so sind allerdings die Richter Partei. Uebriens hat ja auch Herr Burlage, der oldenburgische Richter, von der Voreingekommenheit gegen den „Residenzboten“ in seiner realistischen Rede hinreichende Proben abgelegt. — Abg. Burlage hat den „Residenzboten“ in herablassender Absicht mit dem „Simplicissimus“ verglichen.

Im übrigen untersteht der „Simplicissimus“ nicht dem Reichsjustizamt, und der Justizsekretär kann nicht für einen besseren Inhalt

### Fenilleton.

Rechtlich verboten

## Pastor Klinghammer.

Roman von Wilhelm Hegeler.

(104. Fortsetzung.)

Erbslöb wollte weiter sprechen. Da begann wieder die Orgel zu dröhnen. Zuerst nur schwach, als wenn die Töne die Wand nicht recht durchdringen könnten. Es klang wie das langgezogene Stöhnen eines schlaftrigen, eben erwachenden Tieres. Aber immer stärker wurden die Akkorde. Man unterschied die Melodie. Und nun erhoben sich die Stimmen. Sie klangen nicht voll zusammen, sondern als wenn einer aufgeregter und lauter fänge als der andre.

Angstvoll blickte Daniel auf seinen Freund, dessen Hände auf der Decke zitterten. Als einen Augenblick die Orgel allein spielte, sah er, daß seine Lippen sich bewegten. Er beugte sich herunter.

„Glaubst Du, daß die mich irre machen? Die über-schreien nur sich selbst. Die werden vielleicht mal klüger, wenn sie still geworden sind. — Da sieh!“

Er erhob die Hand ein wenig und wies zum Fenster hin. Und während Daniel hinausblickte, gewahrte er über den dunklen Baumkronen auf dem schwarzen Himmel einen einsamen Stern, der wie ein großes, strahlendes Licht auf dem Grunde eines tiefen Meeres ruhte.

Von neuem klang der Gesang, der, an den Wänden widerhallend, sich über das Zimmer ergoß, als würde der ganze Raum von einem Schwarm lauter Wesen erfüllt.

Aber jenseits des Fensters, in der dämmernden Nacht draußen, wohin die beiden ihre Blicke richteten, erstarrte der Raum vor der tiefen Stille, die dort in den Höhen flutete. Groß und flammend strahlte der einsame Stern. Doch während sie ihn unverwandt ansahen, entzündeten sich noch mehrere, da einer, dort einer, in immer wachsendem Umkreis. Und der Himmel schien sich an Weite und Tiefe

immer mehr auszudehnen mit jedem neuen Silberfunken, der aus der Ferne aufstauete wie eine Insel in der Unendlichkeit.

Daniel war versunken im Schauen. Er hatte sich selbst und den Sterbenden vergessen. Er war wie losgelöst von allem, krankheitslos und wie gebadet in Klarheit, als wenn ein Licht alles Dunkel erschellte, und eine Stimme ihm Antwort gäbe auf alles, was er mit dumpfen Zweifeln gefragt.

Da hörte der Gesang mit einem Male auf, das wirkte fast wie ein störender Schreck. Und eine ganze Weile erlitten ihm das jetzt so stille Zimmer von verworrenem Lärm erfüllt.

Lange Zeit sahen die beiden sich schweigend an. Dann legte Erbslöb seine Hand auf die Daniels.

„Komm näher! — Ich sage Dir: wirf Furcht und Gram und Haß ab! Wer haßt, haßt am meisten sich selbst. Wenn die Menschen Dich quälen, steig in die Tiefen zu Dir. Dahin dringt kein Lärm von draußen, kein Leid von außen. Da bist nur Du Dein Freund, Dein Feind. — Wir glauben uns ärmer, als wir sind. Gott wohnt in uns allen.“

Er hielt inne, als wenn ihm das Sprechen schwer fiel, und schloß die Augen. Aber nach einigen Minuten richtete er sie wieder auf Daniel und sagte leise:

„Ich seh Dich jetzt zum letztenmal. Ich bitte Dich um eins. — Meinen Kindern kann ich's noch nicht sagen, die sind zu klein. Aber wenn Du sie später einmal siehst — sie müssen ja ihren eignen Glauben haben und ihre eignen Wege gehen — aber wenn ihre Mutter ihnen sagt, ich hätte die Welt nicht verstanden und wäre unglücklich geworden — dann sage ihnen, daß ihre Mutter irrt. Ich war nicht unglücklich. Sie sollen der Stimme folgen, die auch in ihnen spricht. Dann wird ihnen die Welt eine Heimat sein, und sie können nicht verloren gehen. Sag ihnen das!“

„Ich will's ihnen sagen.“  
Erbslöb drückte ein wenig seine Hand.

„Das ist mein fester Glaube. So manches hat sich verändert, kam und ging. Aber dies ist mir geblieben. Wenn ich einen besseren hätte, würde ich ihnen den geben.“

Er schien zu lächeln. Dann schlossen sich die tief eingefundenen Augen.

„Ich bin müde. Leb wohl!“

Am nächsten Morgen wurde Marianne zum ersten Male aufstehen. Gegen Mittag im Hofe saß sie bei ihnen vor und erzählte, daß Pastor Erbslöb in der vergangenen Nacht gestorben sei.

Als die beiden etwas ruhiger ergriff Daniel die Hand seiner Frau, und mit plötzlich Totenblässe sein Gesicht verfarbte, sagte er:

„Marianne, Du wirst nicht erschrecken vor dem, was ich jetzt sage. — Du wirst stark sein.“

Sie sah ihn an im jähen Schreck. Während ihre Hände umherirrten, schien sie zu ahnen, was er sagen wollte, und Hilfe zu suchen.

„Gib mir das Kind!“ bat sie.

Er nahm das Kleine aus dem Wagen und legte es an ihre Brust. Während er Mutter und Kind mit beiden Armen umschloß, logte er hastig mit zitternder Stimme:

„Sei mutig, Marianne. Denk nicht an morgen. Denk an eine fernere Zukunft! — Ich muß Abschied von Euch nehmen, auf lange, lange Zeit.“

„Warum?“ fragte sie leise stöhnend.

„Ich hab meine Tat eingestanden und will jetzt meine Strafe auf mich nehmen.“

„Warum hast Du das getan?“ wiederholte sie mit bitterem Stöhnen.

„Ich mußte es tun. Ich will frei werden. Wenn ich mein eigner Richter wäre, käme ich nie drüber weg. — Sei mutig. Denk an das Kind! Was mir bevorsteht, ist leicht gegen das, was war. — Laß uns hoffen, Marianne!“

Schluchzend bog sie sich zurück, als wenn der Schmerz sie übermächtigte.

des „Simplicissimus“ sorgen. (Große Heiterkeit.) Will Herr Vorlage durchaus den Schwung bekommen so mag er den Ausgang seiner eigenen Partei (sünder) und die Reaktionen der „Gemannter“ und der satirischen Witzblätter gegen die Ehre unserer Freunde betrachten. Persönlich treue ich mich nur über diese Verurteilung, und den ich erlaube, daß die Wagnisse nach viel tiefer stehen als ich angenommen habe. Herr Vorlage hat weiter behauptet, Frau Biermann sei nicht wehrlos gewesen. Aber sie kam zu Mülheim, um ihn für ihren Mann um Befreiung von der ungeschicklichen Tortur zu ersuchen. Darauf sagte ihr der Minister, ihr Mann ist nicht todt, wert wie der Spot von meinen Stiefeln. Die wehrlose Frau kann nichts weiter sagen als: Sie sprechen von meinem Manne. Dieser Hinweis der Gattin, der Mutter, hätte jedem ehrenhaften Manne genügen müssen, aber der Minister erklärt: Ihr Mann ist ein Lump. (Rufe bei den Zug: Wohl! Wohl!) Was sollte die wehrlose Frau dagegen tun? Sie hatte keine Mittel, sie hat sich — ich hätte sonst bedauert, aber verstanden wenn sie sie gebraucht hätte. (Große Unruhe rechts Bravo! links.) Sollte sie ihn fordern? Ihn ins Gesicht schlagen? Und dann hier der Sohn des Abg. Vorlage, daß die Frau nicht wehrlos ist. Ist das ehrenhaft? Hat der Redakteur des „Mitteldeutschen“ den Minister aus christlichen Motiven beleidigt — und wir treiben nicht Verbalhastisch wie die Kreuzzeitungsblätter, die Lindenbergs, Ohm und Göbcke, und lieben den Schwanz nicht — so mußte der Minister wegen der ebenso christlichen Beleidigung der Frau Biermann ebenso hat bestraft werden.

In Oldenburg werden entgegen dem Gesetze die politischen Gefangenen, obgleich sie nicht mit Zuchthaus bestraft sind mit bestimmten ihren Tätigkeiten nicht angemessenen Arbeiten beschäftigt. Das widerspricht dem Gesetz, und ich richte wiederholt die Anfrage an den Herrn Staatssekretär was er dagegen zu tun gedenkt. (Bravo! b. d. Zug.) Staatssekretär Dr. Nieberding: Der Reichsminister hat sich an die Oldenburgische Regierung mit der Anfrage gewandt, ob die von der Presse verbreiteten Mitteilungen über Vorgänge in Oldenburgischen Strafanstalten auf Wahrheit beruhen. Aus der Antwort der Oldenburgischen Staatsregierung ergibt sich, daß in den Strafanstalten dieses Bundesstaates nichts geschehen ist, was mit den Bestimmungen des Reichsstrafgesetzbuches in Widerspruch steht. Der Reichsminister verurteilt alle Willkür und jede ungeschickliche Behandlung in Strafanstalten auf das allerhöchste.

Abg. Bergmann (Freil. Bp.): Als Vertreter des ersten Oldenburgischen Wahlkreises muß ich nachdrücklich auf den Fall Ruchardt zurückkommen. Ich habe es für ausgeschlossen, daß ein Oldenburgischer Richter sich an dem Willen der Richter, als von seiner Pflicht, trotzdem die er mit seinem Freunde Bergmann der Ansicht, daß es besser gewesen wäre, die Sache vor ein Oldenburgisches Gericht zu bringen, auch dem Schein der Parteipolitik zu begeben. — Zur Sache des Landgerichts sind andere Oldenburgische Gerichte, namentlich Schöffengerichte, in mehreren Fällen der Ansicht gewesen, daß es ein Glückspiel. Grundsätzlich schließt die Zuchthaus des Reichsstrafgesetzbuches in dieser Hinsicht. Ich komme nunmehr zum Strafverfahren. Aus der kalten Bohnenuppe eine Staatsaktion zu machen, ist nicht ein; aber auf alle Fälle war es eine Rücksichtslosigkeit, lindernde, einem Gefangenen, der ohne sein Zutun die Anklagezeit verjähren mußte, die Anklagezeit nachher kalt vorzutreiben. (Zusammenruf links.) Mit der Vereinbarung der Bundesregierungen über den Strafverfahrensstand das gegen Schwernern eingeschlagene Verfahren jedenfalls nicht im Einklang. Es muß dafür Sorge getragen werden, daß die in der Vereinbarung aufgestellten Grundzüge nicht von den Strafverwaltungen ignoriert gemacht werden. (Beifall links.)

Abg. Barlaque (Str.) verteidigt das Verhalten des Oldenburgischen Landgerichts. Wenn sich die Richter nicht für befangen hielten, durften sie sich auch nicht für befangen erklären. Ich habe den „Simplicissimus“ nicht für ein schimpfliches Blatt erklärt, sondern nur behauptet, daß sich viel Schmutz im „Simplicissimus“ findet. Wenn eine sozialdemokratische Versammlung in Bonn sich über die Zustände in Oldenburg abfällig geäußert hat, so ist daraus noch kein Rückschluß auf die allgemeine Volkshaltung zu ziehen; im nächsten ist Oldenburg durch seinen Sozialdemokraten vertreten und im Oldenburgischen Landtage sitzen vier Sozialdemokraten unter vierzig Abgeordneten. — Es ist unmöglich an dem mit dem Reichsstrafgesetzbuch angelegenen Verfahren, aufzuheben, die schon einen viel zu breiten Raum in den Verhandlungen des Reichstages eingenommen haben. (Beifall rechts u. i. Str.)

Abg. Schröder (Freil. Bp.) wünscht Verlesung der Vorarbeiten der Vorlage über Änderung des Strafgesetzbuchs und geht ab dem § 106 (Gotteslästerungs-Paragraf) ein. Die evangelische Kirche ist bei diesem Paragrafen schlechter gestellt als die katholische; ein weltlich-moralischer Mißbrauch des Paragrafen ist aber die Hauptursache seiner Fassung, die gänzlich ungeschicklich ist, was unangenehm ist und was nicht. Redner führt als Beispiel den Prozeß Wehmer in Hannover an, bei dem die Anklagen der als Zeugen vernommenen Geschworenen einander scharf gegenüberstanden. — Sogar wegen Beleidigung des Klingelbeils sind schon Prozesse angehängt

worden. (Heiterkeit.) Möge das Melchiorstigma und bald eine Vorlage bringen, die den Paragrafen abschafft oder abändert. (Beifall b. d. Freil.) Staatssekretär Dr. Nieberding: Die Herren von den Linken werfen und formulieren Unklarheiten vor. (Rufe b. d. Zug: Wohl! Wohl!) Was soll ich nicht gelächelt? Was sollen wir denn tun? (Rufe b. d. Freil.: Straflosigkeit!) Wir sind mit einer Veränderung der Strafprozedur, der Zivilprozedur beschäftigt, das sind aber doch keine Dinge, die sich in ein paar Jahren bewältigen lassen. — Eine Vorlage zur Abänderung des angegriffenen Gotteslästerungs-Paragrafen kann ich Ihnen allerdings nicht versprechen. (Beifall im Zentrum und rechts.)

Abg. Stockmann (Mp.) polemisiert gegen den Abg. Jessen. Zu allen dänischen Zeitungen in Nordschleswig stehen die heftigsten Angriffe und Beschimpfungen der Deutschen. So nennt ein Artikel eines dänischen Blattes, der mir in einer Uebersetzung (Rufe b. d. Zug: Wohl vom Generalkonst! Große Heiterkeit.) vorliegt, ein „Völkermord“ nationaler Deutscher ein Baalopfer vor einem Götzenbilde. — Herr Jessen sagt die Gefängnisstrafen dänischer Redakteure. Am besten ist es, wenn niemand ins Gefängnis kommt; dann müssen sich aber die Herren Redakteure danach benehmen. (Bravo! rechts.)

Abg. Jessen (Däne) tritt den Ausführungen des Vorredners entgegen. Immerhin freue er sich, daß Herr Stockmann wenigstens gewisse Republikanismen nicht verteidigt habe.

Abg. Bruhn (Ant.) beschwert sich über den Berliner Landgerichtsdirektor Oppermann, dessen Uebersetzungen über die Presse der Ausfluß des überpannten Standesbundes gewisser Juristen- und Richterkreise seien. — Herr Bruhn hat 1894 zu dem damaligen antisemitischen Reichstagsabgeordneten König-Witten geäußert: Etwas Antisemit ist in jeder. (Hört, hört! rechts.) Jetzt freilich bemüht er sich in Gemeinschaft mit der freisinnigen Vereinigung um die Einheit der Söhne und Töchter Israels. Wenn aber ein Deutscher von den Juden gelobt wird, so hat er die Interessen seines Vaterlandes verraten. (Bravo! b. d. Ant. Gelächter links.)

Abg. Bring Schönaich-Carolath (nass.) bringt auf die schnelle Vorlegung eines Automobil-Haftpflichtgesetzes.

Staatssekretär Dr. Nieberding erklärt, daß Vorarbeiten im Gange seien um die beste Form des Schutzes für das Publikum ausfindig zu machen.

Abg. Lenzmann (Freil. Bp.): Ob ich gesagt habe: ein bishen Antisemit ist jeder, weiß ich nicht mehr; jedenfalls ist das eine so unverständliche, nichtschlagende Redensart, daß es ganz gleichgültig ist, ob ich sie gebraucht habe oder nicht; ich glaube aber nicht, daß ich sie gebraucht habe. (Lachen rechts.) Jedenfalls wiederhole ich, daß ich zu klug zu gerecht und zu vornehm bin, um der antisemitischen Bewegung, wie sie sich in den letzten Jahren entwickelt hat, irgendwelche Sympathie entgegenzubringen. Herr Stadthagen hat mir vorgeworfen, daß ich kein Wort über die eigentliche Not des Volkes gesagt habe. Er hätte mal meine Rede zur Zuchthausvorlage lesen sollen. Wenn ich auf all die Dinge hier eingehen wollte, die Herr Stadthagen vorbringt, so würde ich bald in den Ruf kommen, den Herr Stadthagen hier genießt. Ich danke aber für den parlamentarischen Ruf des Herrn Stadthagen. (Beifall b. d. Freil.)

Abg. Schmidt-Warburg (Str.) spricht sich für Abänderung des § 831 BGB. aus, der jeden Tierhalter für den durch sein Tier verursachten Schaden verantwortlich macht. Viel angebracht wäre eine solche Bestimmung gegenüber den Besitzern der Automobile. Hierzu verlegt das Haus die Weiterberatung auf Montag 1 Uhr. Schluß 5 Uhr.

## Das Dessauer Zuchthausurteil.

Verhandlungen des Oberkriegsgerichts Magdeburg.

Magdeburg, den 14. Januar 1905.

Die Anklagen.

Die Angeklagten werden nun darauf aufmerksam gemacht, unter welchen Gesichtspunkten die strafbaren Handlungen z. B. nur mit Gefängnis bestraft werden können, dann ergreift der Vertreter der Anklage, Kriegsgerichtsrat Richter, das Wort. Einleitend bemerkt derselbe, daß § 106 und 107 harte Strafen über die Soldaten verhängen, die sich des Auftrahs schuldig gemacht haben. Das ist erklärlich, wenn man bedenkt, daß das Kriegshandwerk ein rauhes Handwerk ist. Im Kriege muß die Autorität der Vorgesetzten ebenso hochgehalten werden wie im Frieden. Die Auftrahs-Paragrafen bedrohen Vorgesetzte ebenso wie gemeine Soldaten. Letztere hören fast bei jedem Appell, daß Auftrah mit Zucht-

haus bestraft wird. Wird diese Strafe herabgesetzt, dann ist zu befürchten, daß sich die Verletzungen gegen die Autorität mehr werden. Tschobin und Autorität und die Hauptmerkmale einer in sich geschlossenen Armee. Selbst Trunkenheit eines Vorgesetzten darf den Untergebenen nicht verzeihen, sich an einem solchen zu vergreifen. Gewiß, die erste Instanz ist nicht immer unfehlbar, deshalb ist die Berufung an ein höheres Gericht zulässig. Redner hofft, daß niemand hier herumgehen wird, ohne sich zu sagen, hier wurde versucht, ein objektives Bild von dem Vorfalle zu erhalten. Den Angeklagten soll und muß ihr Recht werden. Redner geht auf die Aussagen der Zeugen im allgemeinen ein und schildert, wie das Bild der Vorgänge von den einzelnen Zeugen nach und nach verläßt. Ist es doch vorgekommen, daß ein als Richter fungierender Major heute nicht mehr weiß, ob Günther oder Voigt in Dessau zuerst vernommen wurden. So etwas passiert einem Offizier. Es sei deshalb erklärlich, daß die Mägdchen die Hauptfachen nicht bemerkt haben. Es ist ein höchst komplizierter Vorfall, den zu analysieren wir hier die Pflicht haben. Wie ist es mit der Anfertigung von Protokollen? Sie werden gewiß nach bestem Wissen und Gewissen abgefaßt; aber der Protokollant schreibt stets nieder, was man ihm erzählt, nie was er selber gesehen hat. Auch hier können Irrtümer unterlaufen. Dies ist auch bei den Zeugenaussagen nicht ausgeschlossen, wenn auch ohne Absicht. All das sind die Gesichtspunkte, die man beobachten und im Auge behalten muß, wenn man die Vorgänge verstehen will, die sich da in Dessau abgespielt haben.

Redner geht nun auf die einzelnen Zeugenaussagen ein, insbesondere soweit sie sich auf Heine und den Grad der Trunkenheit, indem sich dieser befand, beziehen. Es seien ganz bedeutende Bemerkungen der einzelnen Aussagen zu konstatieren. Ebenso sei es mit den Zeugen Drog, dessen Widersprüche so bedeutend waren, daß nicht einmal eine Vertheidigung möglich war. Das erste Klingelbeil des Heine war nicht angebracht. Er konnte unter Wahrung seines Standes um Entschuldigung bitten. Voigt hatte aber keine Ursache, auf den Unteroffizier loszugehen. Dies war ein tätlicher Angriff. Hierbei ergreift Heine die Klinge Voigts und läuft mit den beiden Seitengewehren fort. Voigt läuft hinterher, ebenso Günther. Es kommt darauf an, wann kam Voigt bei Heine an und welche Absicht hatte er? Daß Voigt um sein Seitengewehr bitten wollte, ist nicht anzunehmen. Heine schlug um sich, daß war der Umstand, weshalb Voigt den Heine nicht angreifen konnte, denn das wollte Voigt. Kam Günther heran, bevor Voigt dem Unteroffizier das Seitengewehr wieder abgenommen hatte, dann liegt Aufruhr vor. Dieser ist aber nicht so einwandfrei bewiesen, daß daraufhin ein Strafantrag begründet werden kann. Wahrscheinlich ist, daß Günther heran kam, als Voigt die Seitengewehre von Heine bereits hatte.

Daß beide Angeklagte den Heine gleichzeitig angefaßt hatten, ist wohl unmöglich, nachdem die Regel den Schlag erhalten hatte. Aber auch dieser Vorgang kann lediglich als tätlicher Angriff aufgefaßt werden. Der Schlag auf die Regel, nachdem der Friede hergestellt war, muß als ein tätlicher, niederträchtiger Zug Heines angesehen werden. Hier beginnt die Strafbarkeit Heines. Nunmehr tritt Günther auf Heine zu und packt ihn. Das war Notwehr, da hat er einwandfrei gehandelt, den hilflosen Menschen Heine festzuhalten, war sein gutes Recht.

Unmilitärisch haben aber Voigt und Günther dem betrunkenen Heine gegenüber gehandelt. Daß sie aber weitergegangen seien, als sie mußten, ist nicht nachgewiesen. Ja, man muß sogar die Mäßigung betonen, die sie dem Unteroffizier gegenüber an den Tag gelegt haben. (Bei diesen Ausführungen zuckt der Verhandlungsleiter auffällig mit der Schulter.)

Nun zu Heine, der sich in der unanständigen Weise betragen hat. Er läßt sich beschimpfen, zieht sein Seitengewehr, nimmt dem Voigt dessen Seitengewehr weg und läuft damit läppisch wie ein Kind herum und ruft: „Ich habe zwei Seitengewehre!“ Der Mann läßt sich in Vollenstedt von einem Zivilisten ohreifeigen und hält draußen mit der Klinge seinen Monolog. Ein solcher Mann gehört nicht in den Unteroffiziersstand.

Aus all diesen Gründen beantrage er, gegen Heine neben den 6 Monaten Gefängnis die Degradation auszusprechen. Gegen Voigt beantrage er eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr 2 Monaten, gegen Günther 1 Jahr Gefängnis.

Nach diesen lichtvollen Ausführungen nimmt als erster Verteidiger Rechtsanwalt Eger nicht das Wort, der erklärt, den Ausführungen des Vertreters der Anklage habe er nicht viel hinzuzufügen. Die ganzen Ausführungen der vernommenen Zeugen haben keinen Beweis für das aggressive Vorgehen des Günther beigetragen. Im Gegenteil; G ist sogar sehr höflich gegen Heine aufgetreten. Ein Aufruhr im Sinne des Gesetzes liegt hier nicht vor, auch sei die Definition der Zusammenrottung keinesfalls gegeben. Der Verteidiger beantragt Freisprechung für seinen Klienten Günther. Sollte das Gericht zu einer Verurteilung kommen, dann erwarte er, daß nur eine Verurteilung wegen tätlicher Beleidigung eintreten könne. Die Untersuchungshaft bitte er dann in Anrechnung zu bringen.

Rechtsanwalt Guttmann konstatiert, daß zwischen Anklagevertretung und Verteidigung ausnahmsweise diesmal in der Würdigung des Tatsachenmaterials Uebereinstimmung herrscht. Noch niemals seien so viel Berichterstatter hier im Saale anwesend gewesen als bei dieser Verhandlung. Das hat seinen Grund nicht etwa in der ganz gewöhnlichen Langbenediktener, sondern in der Sensation, die das erstinstanzliche Urteil in Dessau hervorgerufen hat. Selbst wenn das heutige Gericht zu demselben Erkenntnis kommen sollte, so liegt doch ein Rechtsirrtum vor. Auf dem im Sinne des § 97 des Militärstrafgesetzbuchs bedingt einen tätlichen Angriff auf einen Vorgesetzten. In einem späteren Paragrafen wird weiter ausgeführt, daß mehrere Personen sich verabreden müssen, diesen Angriff auszuführen. Dieses sind die exceptionalen Bestimmungen, die als rechtliche Gesichtspunkte zu prüfen sind. Für der vorliegenden Fall sind diese Tatbestandsmerkmale nicht vorhanden. Der Begriff einer Zusammenrottung hat immer einen üblen Sinn, deshalb wird sie auch streng bestraft. In einer von der Breslauer juristischen Fakultät preisgekrönten Brotschürze, die der Redner auf den Richtertisch niederlegt, ist der Begriff der Zusammenrottung näher bestimmt. Danach

Er umprelle ihre Hand mit angstvollem Nehen:  
„Mach mit dem Nihilisten nicht scherz. Gib mir doch, Marianne!“  
Da schien sie sich zu überwinden, sah ihn groß an mit leuchtenden Augen.  
„Ja, ich will mit Dir hoffen — Unser Leben kann nicht zu Ende sein.“

Wenige Monate später wurde gegen Daniel verhandelt. Die Geschworenen sprachen ihm die Todesstrafe an seinem Bruder schuldig, billigten ihm aber mildernde Umstände zu. Das Urteil lautete auf fünf Jahre Zuchthaus.

Daniel trat die Straße an, während der Prozess, doch auch daß Hoffnung, daß dieser Weg ins Leben ihn zur Freiheit führen würde und zu seinem rechten Ziel.

Ende.

## Mutterchaft. \*)

Von Ada Regni.

Von Ada Regni, der italienischen Dichterin des romantischen, ungenannten Vorkrieges in der neuen Hand Gedichte erschienen. Ohne gekannte Erwartung, ja mit leichten Sorgen kommt man ihr zur Hand. Wird er die Verfasserin der „Stürme“ und des „Schicksals“ Lügen sprechen und aus der Erfahrung bekennen, daß Zeit und veränderte Lebensumstände in der Regel die revolutionäre Begeisterung jugendlicher Dichtersinnigen dämmern? War nicht, daß Ada Regni aus sehr bescheidenen Verhältnissen in eine höhere Gesellschaftsstellung aufgestiegen ist und sich über Verheiratung mit dem Reichthümer habilitierten Gattlands ein elementarisch völlig jugendliches Dasein führt. Eine Wandlung ihrer sozialen Ausstattung, eine Abkühlung ihres revolutionären Temperaments könnte dafür nicht gerade überraschen.

Mit um so größerer Genugthuung wird es den Leser erfüllen, wenn er bei der Lectüre des neuen Werkes der Autorin den gegenseitigen Einfluß erblickt. Manches erinnert hier, rein künstlerisch genommen, an andere Dichtungen: Einbild in andre Erziehungsziele werden uns erschlossen — aber die Grundstimmung des Buches ist eine im Sinne der sozialistischen Umwälzung des Fortschreitenden

famossfreundige. Die Dichterin bleibt sich selbst getreu, wenn sie in dem „Weihnachtswiegenlied“ ihrem Kinde sagt, daß der Friede auf Erden so lange eine Lüge bleiben wird, als nicht

Jede Dackammer ein Kind aufweist,  
Einen Anaben voll Stolz an Seele und Geist.  
Das das Lebens mühseliges Kampfen begrünnt  
Ist ein unbeherrschbares Schwert sich schneid.

Der Titel des Buches „Mutterchaft“ deutet indessen schon an, daß Ada Regni diesmal nicht gegen die ganze breite Front der bürgerlich-kapitalistischen Barbarei Sturm läuft, sondern ihrer dichterischen Schwärme einen bestimmten Mittelpunkt gibt. Mutter- und Mütterlichkeit morgen bilden eines der unerwünschtesten Motive der Kunst, und die Zahl der männlichen wie weiblichen Korymben, die sie bejagen haben, ist bekanntlich Legion. Ada Regnis Darstellung ist auch hier von bemerkenswerter Klarheit und einer ganz organischen Färbung. Immer rückt sie ihren Gegenstand bis ins volle Licht, und wo sie demnach etwas unausgesprochenes läßt, handelt sie nicht mit Rücksicht auf die herrschende Moral, sondern aus rein dichterischen Motiven.

So geht man sie auch Erörterungen eine künstlerische Seite ab, vor deren Verklärung die in bürgerlicher Moral aufgewachsenen Dichter mit der ihr Wesen kennzeichnenden Tardivität gefühllos sind. Was ist menschlich ergreifender, als der Anblick einer Mutter, die in Leibes- und Seelenmühen einem jungen Soldaten das Leben gibt? Ada Regni läßt uns Zeuge werden, dieses letzten Moments und der Sorge der letzten jahrelangen „Mutter“ nicht unser Land. Eherlich: Gewissheit ist diese Poësie nicht, und höchste Reagen vertragen sie nicht. Aber es pulstert hohles, volles Leben in den Versen und die in ihnen verflochtenen Schicksale nicht Sparanerszüge.

Neben der Behandlung tragischer und düsterer Momente aus dem Leben des Volkes als Mutter und Gattin räumt die Dichterin auch der Darstellung heiterlich-lyrischer Zustände einen Platz ein. Nur flüchtige Augenblicke sind es, in denen der Himmel sich heiter und wolkenlos über uns stiehlt. Ada Regni verweilt sie poetisch festgehalten. Ihre Eigenchaft als glückliche Mutter erschließt uns wohl diese Bilanz von ihr gemiedene Domäne der Kunst. Sollte man die Nothwendigkeit der Dichtungen, die sie im vorliegenden Bande zusammengestellt hat, mit einer ihr selbst entlehnten Bezeichnung charakterisieren, so könnte man sagen, daß sie „von einer herabwogend tiefen Poësie“ durchdränkt sind. Die Anschaffung der Sammlung ist besonders den Frauen warm zu empfehlen. L.

\*) Bei G. Schöner u. Co. in Berlin erschienen.



Berichte und Versammlungen.

Die hiesige Mitgliedschaft des Völkerverbandes hielt am 12. Januar eine Generalversammlung im 'Dreifaltigkeitsklub' ab.

Vereins-Kalender.

Groß-Otterleben. Männer-Gesangsverein. Jeden Dienstag abend 8 1/2 Uhr Übungsstunde bei Hugo Guttentag.

Briefkasten.

Tätowierter. Darf ich Ihnen auch keine Auskunft geben. Wenden Sie sich an einen Arzt.

Marktberichte.

Magdeburg, 14. Januar. (Nützliche Notierungen.) Die Notierungen verließen sich für 1000 Kilo netto ab Station und frei Magdeburg.

Wasserstände.

Table with columns for location (e.g., Jungbunzlau, Straßfurt, Weissenfels), date, and water level changes (+/-). Includes sub-sections for Anstrome und Saale and Mulde.

aus Verurteilung ist geständig, diese Diebstähle begangen zu haben. Demzufolge lautet das Urteil auf 6 Monate Gefängnis.

Gewerbegericht Halberstadt.

Sitzung vom 14. Januar 1905. Vorsitzender: Stadthalter von Harde; Richter: Druckermeister L. Koch, Verwalter: Bauarbeiter Julius Wolfmann, Arbeitermeister.

Bermischte Nachrichten.

\* Klerikale Brüderie. Nun ist von klerikalen Sittlichkeitsaposteln glücklich auch Hauffs herrlicher 'Lichtenstein' auf den Index gesetzt worden.

\* Die Nacht der Wogen. Eine gewaltige Springflut hat auch an der englischen Küste großen Schaden angerichtet. Die Bevölkerung des englischen Badeortes Scarborough machte eines Morgens die Entdeckung, daß der Pier der Nordpromenade während der Nacht weggerissen worden war.

dasu, da ihn das Mädchen genau beschreiben kann. Regelmäßig werden solche Verbrechen durch die lokale Verlesung der Frauenabende.

Falle, 16. Januar. (Ein unverkennlicher Freispruch.) Der Witwenhändler N. aus Planena, der Anfang Oktober vorigen Jahres auf der Jagd durch einen Schrotschuß einen der Treiber tötete.

Falle, 16. Januar. (Kronprinzengedächtnis.) Das Stadtverordnetenkollegium bewilligte gegen etwa 10 Stimmen (6000) Mark als Beitrag zu dem Hochzeitsgeschenk an den Kronprinzen.

Falle, 16. Januar. (Abtreibung der Leibesfrucht.) Wegen Verbrechen gegen das künftige Leben verurteilte das hiesige Schwurgericht die Gehäufte Grobmann von hier zu 3 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust.

Naumburg, 16. Januar. (Leichenfektion.) Die amtliche ärztliche Untersuchung der Leiche des Mädchens aus Schönbürg, das nach einem Vierteljahre in dem Keller der hiesigen Posthalterei tot aufgefunden wurde.

Stahlfurt, 16. Januar. (Menschenstele gefunden.) Von dem Hügel an der 'Engländer-Fabrik' wird jetzt Erde und der dort lagernde Müll nach 'Ludwig 2.' zum Verfallenen mittels der Quittung weggebracht.

Stendal, 16. Januar. (Wendarmen im Ruhrgebiet.) Auf dem hiesigen Landratsamt ist eine Verfügung eingetroffen, wonach die Gendarmen 50000 zu halten haben.

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 14. Januar 1905.

Nahrungsmittelverfälschung. Der Fleischermeister Franz Kirsten zu Schönebeck, geboren 1867 soll im September 1904 dem Hachfleisch Praterwurst zugeführt haben.

Falschliche Aussage. Die verheiratete Gärtnerin Kästel, Mathilde geb. Gehrmann, geboren 1849, soll ihre Schwiegermutter, die Witwe Dorothea Kästel, geboren 1842, und den Reichswehrführer Wilhelm Katerbaum, geboren 1835, dabeist, am 26. Oktober 1903 verurteilt haben.

Gegen Erregung zuhörenden Lärmes und Widerstands gegen die Staatsgewalt erhielt der Monteur Max Kotte hier, geboren 1877, vom Schöffengericht am 18. November 1904 drei Tage Haft und 2 Wochen Gefängnis.

Ein Unverbehrlicher. Der vielfach bestrafte Hausdierer Arno Albrecht hier, geboren 1833 stahl gemeinschaftlich mit einem nicht genannten Genossen in der Nacht zum 9. August 1904 dem Schützenmeister Hartmann zu Sudenburg mittels Einsteigens und Einbruchs Zigarren, Zigaretten, Wein, Spirituosen und Schmalen.

Gegen Mord wurde der Handelsmann Gustav Gieseler zu Könnigsborn, geboren 1857, zu 20 Mark Geldstrafe eventuell 4 Tagen Gefängnis verurteilt.

Landgericht Halberstadt.

Sitzung vom 14. Januar 1905.

Vertrag. Der vorbestraute Straftäter Albert Junke aus Halberstadt, welcher durch Verjährung seiner Thaten das Strafmessen des Diebstahls von 170 Mark geschädigt hat, wird zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Freispruch. Dem Hütenwächter Hermann Krause aus Lützenburg wird zur Last gelegt, auf dem Bahnhof Lützenburg einem andern Hütenwächter, welcher sich in angetrunkenem Zustand befand, die Geldtasche mit 30 Mark Inhalt abgenommen zu haben.

Diebstahl. Am 15. Dezember 1904 wurden aus einer Diebstahl in Verurteilung drei Diebstähle angeführt und dabei Geld, Kleidungs- und Wäschegegenstände gestohlen.

Standesamt.

Magdeburg, 14. Januar. Aufgebote: Schloffer Rudolf Schwandberg hier mit Anna Engel in Dorleben.

Magdeburg, 14. Januar. Geburten: Erich Reinhold, 47 J. 8 M. 24 T. Otto Christoph Paul geb. Reinhardt, 77 J. 2 M. 16 T.

Schönebeck. Aufgebote: Schiffssteuerer Walter Rathge in Frohje mit Marie Emma Schnitendobbel in Klein-Roienburg.

**Konsumverein Magdeburg-Krausitz.**  
Außerordentliche Generalversammlung

Die zum Sonnabend den 14. Januar nach dem „Lullenspark“ einberufene Generalversammlung erfreute sich dank der systematischen Vorbereitung der Gegner eines derartig starken Besuchs, daß am 11 Uhr Saal und Galerien des geräumigen Establishments Knopf an Knopf von Mitgliedern des Vereins gefüllt war. Solange der Konsumverein existiert, ist eine derartige Versammlung, in der circa 4000 Menschen in fünf Stunden lang in drangvoller stürmischer Eile über das Wohl und Wehe der von der bürgerlichen Presse und deren Trabanten verunglücktesten Genossenschaft beraten, noch nicht dagewesen. Wohl kam es häufig zu Unterbrechungen, wohl wurde mancher Redner durch stürmische Zwischenrufe früher, als er annahm, zum Schluss gedrängt — das sind aber Vorkommnisse, die in jeder von Tausenden besuchten Versammlung vorkommen. Der Geist aber, der diese Massen besetzte, läßt sich in die wenigen Worte zusammenfassen: Durch die Eingriffe der Behörden, durch das von den Krämer-Systematisch geführte Mißtrauen, durch die nichtswürdigen Angriffe der bürgerlichen Presse, durch die kleinlichen Machenschaften der Gegner der Arbeiterbewegung überhaupt werden die gesamten Mitglieder des Konsumvereins zum gemeinsamen Handeln im Interesse der Genossenschaft auf den Plan gerufen. Anstatt die Genossenschaft zu sprennen, wie es in der Absicht aller dieser Gegner liegt, schweißen sie die Mitglieder fest zusammen und bringen sie dazu, geschlossen allen Angriffen von außen die Stirn zu bieten.

**Nachstehend der Bericht:**

Kurz nach 8 1/2 Uhr eröffnet der Vorsitzende Herr Koppe die impetive Versammlung. Das Protokoll der letzten Generalversammlung wird, nachdem es verlesen, ohne Debatte genehmigt. Zunächst erhält Herr Seeger, auf dessen Veranlassung die Versammlung einberufen ist, das Wort. Redner führt kurz aus, daß es sich heute darum handle, zu untersuchen, ob die Vorwürfe und die Berichte, die über den Konsumverein in Umlauf gesetzt sind, auf Wahrheit beruhen oder nicht. Ferner müsse festgestellt werden, ob der Schiedsgerichtspräsident in der Lagerhalter-Angelegenheit zu Recht bestünde. Nach seiner Meinung hätte der Vorstand diese Sache erst den Mitgliedern vorlegen müssen. (Rufe: Sehr richtig!) Um ein klares Bild über den Stand des Geschäfts zu erhalten, müsse ein vereidigter Bücherrevisor mit der Prüfung der Bücher betraut werden. Das sei das beste Mittel, um all den nachteiligen Gerüchten entgegenzutreten. Weiter sei die Einsetzung eines Mitglieder-Ausschusses notwendig, damit die im Konsumverein beschäftigten Arbeiter bei etwa eintretenden Differenzen nicht gleich bei dem Vorstand, sondern bei dem unparteiischen Mitglieder-Ausschuss vorstellig werden können. Es sei alles aufzubieten, um alles zum Besten zu beenden. (Weiß.) Herr Schäfer will erst eine Generaldiskussion darüber eröffnen wissen, wie der Konsumverein wieder auf die frühere Höhe zu bringen ist.

Herr Westphal verlangt, daß diejenigen, die den Verein geschädigt haben, heute abgefragt werden. (Lautes Brabot)

**Das Urteil des Schiedsgerichts.**

Herr Brandes: Herr Seeger hat bereits mitgeteilt, daß die verschiedenen Angriffe, die der Konsumverein von der bürgerlichen Presse zu erdulden gehabt hat, zurückgewiesen werden müssen. Der Vorstand hätte schon längst von selber eine Generalversammlung einberufen müssen, um die bösehaften Angriffe auf ihren wahren Hintergrund zurückzuführen. Wir können Herrn Seeger deshalb nur dankbar sein, daß er und seine Freunde diese Versammlung veranstaltet haben. Man hatte die bestimmte Pflicht, die Mitglieder damit gaulich zu machen, daß der Verein durch die behauerlichen Ausstellungen der Beamten, die auf Veranlassung der Minister dem Verein den Rücken lehnen mußten, seinem Ruin entgegengeführt würde. Man spezialisierte damit im gegnerischen Lager nur auf die Gutnützigkeit der Mitglieder. Alles, was den Verein schädigen kann, ist von der bürgerlichen Presse in die Öffentlichkeit gebracht worden. Diese gefälschten Berichte hat man in ganz Deutschland verbreitet, um Mißtrauen unter die gesamte Mitgliedschaft zu säen. Die Gegner werden damit kein Glück haben. Wohl sind in den letzten Versammlungen Ansprüche gefallen, die viel Staub aufgewirbelt haben und die besser unterblieben wären. Aber diese Ansprüche haben nicht im entferntesten die Bedeutung, die ihnen von den Gegnern beigegeben wird. Deshalb muß die heutige Versammlung klipp und klar ihre Meinung zu den Machinationen der Gegner sagen. Redner geht nun auf den Schiedsgerichtspräsidenten und auf die mit zwei Lagerhaltern bestehenden Differenzen näher ein. Das, was da vorgekommen ist, kommt in jedem größeren Geschäft vor. Das, was die Versammlung heute sich vor Augen halten würde, es den Gegnern geüben, den Konsumverein so weit zu schädigen, daß er liquidieren müßte, dann würden die Lebensmittelpreise bei den konsumierenden Kräften sehr bald in die Höhe schnellen. Schiedsgerichte waren bisher in Konsumvereinen nicht bekannt. Auf dem letzten Verbandstag ist aber beschlossen worden, innerhalb der Konsumgenossenschaften solche einzurichten. Das ist geschehen. Das Schiedsgericht ist nun von den zwei betroffenen Lagerhaltern angerufen worden. Daß der Generalsekretär Weims als Vorsitzender gewählt wurde, liegt in den für die Errichtung der Schiedsgerichte gültigen Bestimmungen. Vor dem Schiedsgericht haben beide Parteien das Urteil, wie es auch ausfallen möge, als bindend anerkannt. Wie lagen die Fälle?

Im Lager 11 ist der Lagerhalter Weber angestellt. Dieser bezog stets Schlackwurst 1. Später bekam er von der Verwaltung fünf Würste als Schlackwurst 2. Diese lagen nicht im Laden, sondern in einem Privatraum. Die Würst wurde irrtümlich als Schlackwurst 1 zu einem höheren Preise (pro Pfund 20 Pf. mehr) verkauft. Dieser Umstand ist von dem Kontrollierer Holzmaier bemerkt, woraus sich die weiteren Differenzen mit dem Lagerhalter ergaben. Jedenfalls hatte die Verwaltung die Pflicht, die Sache zu untersuchen. Das Schiedsgericht hat diese Sache keineswegs beschönigt, sondern das Verhalten des Lagerhalters strikte verurteilt. Das Schiedsgericht hat aber die vorliegenden Unregelmäßigkeiten nicht für ausreichend erachtet, die von der Verwaltung ausgeprochene Entlassung Webers gutzuheißen. Die Kündigung wurde mit 4 gegen 1 Stimme zurückgenommen. Das ist der Sachverhalt des einen Falles.

Beim Lagerhalter Krause liegt infolge eines groben Verstoßes gegen die von der Verwaltung ausgegebenen Bestimmungen vor, als er einen in der Kasse vorgefundenen Ueberschuß von 9 Mark nicht in das dazu bestimmte Differenzbuch, sondern auf den ersten Aufrechnungsschein des nächsten Tages als Einnahme verzeichnet hatte. Einen Schaden hat der Verein dadurch nicht erlitten. Auch dem Lagerhalter Krause gegenüber hat das Schiedsgericht die Kündigung mit 4 gegen 1 Stimme zurückgenommen, weil dieser ungewissenhaft vorhandene Verstoß als nicht genügend erachtet ist.

Das sind die Schiedsgerichtsurteile, die sowohl Staub aufgewirbelt haben. Würde das Schiedsgericht anders geurteilt haben, dann würden die Gegner wieder über uns hergefallen sein und über den Terrorismus der Arbeiter gezeckelt haben. Redner verliest den gefällten Schiedsbericht und stellt es der Versammlung anheim, ob sie sich diesen Schiedsbericht zu eigen machen will oder nicht. Er stellt einen diesbezüglichen Antrag und bittet, die

**Verammlung möge in demselben Sinne beschließen wie das Schiedsgericht. (Brabot)**

Herr Seeger: Ich muß wenig zu den Ausführungen des Redners hinzuzufügen. Es ist sicher ist, daß auch heute die Beschlüsse des „Central-Anzeiger“ anerkannt sind. In Bezug auf die Versammlung, die die Exponenten einen diesen Bericht durch sie aufstellte Rechnung zu machen. (Brabot) Redner hat versucht, doch in seiner Eigenschaft als Schiedsgerichtspräsident unter Umständen die weiteren Ausführungen zu hindern. Herr Seeger hat die Strafen des Lagerhalters nicht aufgehört, verspricht Weims nicht auf das Wort.

Herr Westphal: Ich kann der Versammlung mitteilen, daß es sich einmal mehr um geschickten wird. Wir dem Vorstand ist eine große Anzahl von Mitgliedern nicht anwesend.

Herr Brandes: Ich bin schon vorher gewißt, wie die Referenten hier operieren werden. Demis hätte sich nicht in die Angelegenheit mischen dürfen; der betreffende Lagerhalter müßte eigentlich ihr Amt niederlegen. Als Redner dem Ansuchen des früheren Aufsichtsratsvorsitzenden Gorgas aus der letzten Versammlung zurück, wonach unter den Lagerhaltern eine „Sawirtschaft“ herbeiführen solle, entsetzt wieder ein großer Lärm.

Der Vorsitzende erklärt, über diese Sache nicht weiter zu reden.

Kampfer (fortfahrend): Das beste ist, den ganzen Aufsichtsrat abzuwehen. (Lautes Lachen und Brabot-Musik)

Herr Seeger wendet sich gegen die Ausführungen des Herrn Brandes, soweit sie sich auf den Schiedsgerichtspräsidenten beziehen. Auf die Frage an die Versammlung, ob sie mit dem Schiedsgericht einverstanden sei, ertönen laute Reinkläufe. Redner ersucht um Annahme seines Antrags.

Herr Westphal meint, daß nicht bloß die beiden Lagerhalter fliegen müßten, sondern verschiedene andere auch noch. Die Ausführungen von Brandes waren nicht am Platze. (Große Lärme)

Herr Schäfer hätte gewünscht, daß der Schiedsbericht von Mitgliedern des Vereins gefällig wäre. Redner führt die Angriffe des „Central-Anzeiger“ auf die Entziehung der Inserate seitens des Konsumvereins zurück. Wenn das wahr ist, was der Herr Gorgas in der letzten Versammlung gesagt hat, allerdings nachdem er als Aufsichtsrat nicht wiedergewählt worden war, dann taugt der ganze Aufsichtsrat nichts mehr. Herr Knoll ging, weil er sich nicht mehr wohl fühlte. Kleine Mittel helfen hier nicht mehr. Wir brauchen tüchtige Kaufleute an der Spitze. Die Aufsichtsratsmitglieder müßten eigentlich ihr Amt niederlegen und einem nicht parteiisch zusammengesetzten Ausschuss Platz machen. (Großer Lärm.)

Herr Vender führt aus, daß man in ganz Deutschland auf die heutige Versammlung blickt. Deshalb sei es aber notwendig, mit dem vollen stillen Ernst diese Versammlung in Ruhe zu Ende zu führen. In scharfen Worten, mit der vollen Wucht scharfjournaler Wendet sich Redner gegen die scharfmacherischen Machinationen des „Central-Anzeiger“. Als Redner den Streit im Ruhrgebiet berührt und fragt, ob die Versammlung jemals eine Zeile für die Interessen der Bergarbeiter im „Central-Anzeiger“ gelesen hätten, ertönen sofort tosende Reinkläufe. Redner verteidigt den Schiedsbericht und erucht um möglichst einstimmige Annahme des Antrags Brandes. Das geschlossene Vertrauen der Mitglieder muß zurückgewonnen werden. Das kann nur geschehen, wenn die Mitglieder dem Vorstand Vertrauen entgegenbringen und wenn sie alle an sie herantretenden Verleumdungen auf das entschiedenste bekämpfen. Wenn das geschieht, dann geht der Konsumverein nicht seinem Verfall, sondern einer höheren Blüte entgegen. (Wüstimmiges Brabot)

Herr Seeger kann nicht anders, als nach Kenntnisnahme des Materials über den Schiedsbericht, diesen als gerecht anzuerkennen. Würde der Konsumverein geschlossen, dann würden die Warenpreise sofort in die Höhe gehen. (Lärm.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird nach zweimaliger Abstimmung mit großer Majorität abgelehnt. Die Redezeit wird aber auf 10 Minuten beschränkt.

Herr Richter bespricht das Urteil des Schiedsgerichts. Der Schiedsbericht darf nicht umgestoßen werden. Er macht den Vorschlag, die Angelegenheit einer Kommission von 20 Mitgliedern zu überweisen. Die Delegierten, die nach Genossenschaftstagen reisen, müssen künftig in den Generalversammlungen gewählt werden.

Herr Schmidtchen (erster Geschäftsführer) macht auf die Bedeutung der heutigen Versammlung aufmerksam. Es darf nicht mehr mit dem Gefühl, sondern mit dem Verstand muß geteilt werden. Redner bedauert, daß kein Bericht von den Verbandstagen erstattet werden konnte. Die Generalversammlungen beschäftigen sich viel zuviel mit Kleinigkeiten und die großen Fragen bleiben unerleuchtet. Es ist die höchste Zeit, daß wir endlich Schulter an Schulter gemeinsam gegen die Gegner kämpfen. Der Schiedsbericht sei für beide Teile bindend. Daran könne nicht gerüttelt werden.

Herr Jordan kennt im Status die Bestimmung eines Schiedsgerichts nicht. Dem „Central-Anzeiger“ tut man viel zu viel Ehre an; hier sind wir Genossenschaftler und keine Politiker. (Vereinglücktes Brabot)

Der Vorsitzende Koppe betrauert sich dagegen, daß in den Versammlungen des Konsumvereins Politik getrieben würde. Herr Schlich bestätigt das, was Koppe gesagt hat. Die Veränderungen, die sich im Konsumverein bemerkbar gemacht hätten, seien in den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen zu suchen. Das Schiedsgerichtsurteil besteht zu Recht.

Herr Franke erinnert an die Zeit vor 10 oder 15 Jahren. Da hätte die Versammlung dem Vorstand alle im Verein zutage getretenen Mängel vorgetragen. Kann der Vorstand die Lagerhalter anstellen, dann kann er sie auch entlassen. (Brabot)

Herr Haupt teilt zur Beruhigung mit, daß die Mitglieder in diesem Rathe ihre Dividende in derselben Weise und Höhe erhalten werden als in den früheren Jahren. Die Politik ist doch nur von den Ministern, nicht aber von den Mitgliedern in den Verein getragen worden. (Donnerer Weisfall.) Als Redner danach zur Besprechung von Einzelfällen übergeht, entsetzt Lärm, der sich nach einigen Minuten wiederholt und schließlich so stark anschwillt, daß der Redner abtritt.

Herr Lüdecke: Wem haben wir denn die zahlreiche Versammlung zu verdanken, nur dem „Central-Anzeiger“. (Lautes Lachen.) Am übrigen verlangt Redner Aufschluß über die Ausführungen des Herrn Gorgas aus der letzten Generalversammlung.

Herr Patt wartet die Versammlung, sich nicht mit schönen Nebensätzen betören zu lassen.

Herr Zacharias tritt für Öffnung der Lager an den Sonntag ein. Der Sturm der Entrüstung zwingt ihn zum Abtreten.

Ein Schlußantrag findet nunmehr Annahme.

Herr Brandes konstatiert in seinem Schlußwort, daß eine große Mißstimmung zutage getreten sei, weil die Lagerhalter sich Befehlungen in der Behandlung der Mitglieder haben zuschulden kommen lassen. Zur Entlassung reichen aber die Vorkommnisse nicht aus. Redner ersucht um Annahme seines Antrags.

Nach vieler Mühe gelangt es den Antrag Brandes, der dahin geht, an dem Schiedsbericht nichts zu ändern, zur Abstimmung zu bringen. Derselbe wird mit erdrückender Majorität angenommen. Gegen den Antrag erheben sich nur circa 50 Hände.

**Der Fall Lüdecke.**

Herr Schmidtchen erklärt, dieser Fall sei in einer Weise aufgearbeitet worden, wie er das nicht für möglich gehalten hätte. Lüdecke hat mehrfach Frauen zum Kostenstragen beschäftigt, wogegen sich die Organisation der Hafenarbeiter gewandt hatte. Dann kamen die Arbeiter des Konsumvereins selber und erklärten, daß sie von Lüdecke nicht richtig behandelt würden. Endlich kam der Vorfall mit dem Arbeiter Bötker, der von der Frau und dem Sohne Lüdeckes überfallen wurde.

welche dem Redner vor Augen gestellt. Das hat die Ursache der ganzen Verwirrung über den Fall Lüdecke gegeben. Herr Brandes hat die Verwirrung über den Fall Lüdecke gegeben. Herr Brandes hat die Verwirrung über den Fall Lüdecke gegeben. Herr Brandes hat die Verwirrung über den Fall Lüdecke gegeben.

Herr Schäfer ist mit der Abrechnung des Schiedsgerichtspräsidenten beschäftigt. Herr Schäfer ist mit der Abrechnung des Schiedsgerichtspräsidenten beschäftigt. Herr Schäfer ist mit der Abrechnung des Schiedsgerichtspräsidenten beschäftigt.

Herr Vender geht auf den Fall Lüdecke ein. (Lärm) Herr Vender geht auf den Fall Lüdecke ein. (Lärm) Herr Vender geht auf den Fall Lüdecke ein. (Lärm)

Herr Schäfer teilt zur Beruhigung mit, daß die Mitglieder in diesem Rathe ihre Dividende in derselben Weise und Höhe erhalten werden als in den früheren Jahren.

Herr Haupt teilt zur Beruhigung mit, daß die Mitglieder in diesem Rathe ihre Dividende in derselben Weise und Höhe erhalten werden als in den früheren Jahren.

Herr Jordan kennt im Status die Bestimmung eines Schiedsgerichts nicht. Dem „Central-Anzeiger“ tut man viel zu viel Ehre an; hier sind wir Genossenschaftler und keine Politiker.

Der Vorsitzende Koppe betrauert sich dagegen, daß in den Versammlungen des Konsumvereins Politik getrieben würde.

Herr Schlich bestätigt das, was Koppe gesagt hat. Die Veränderungen, die sich im Konsumverein bemerkbar gemacht hätten, seien in den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen zu suchen.

Herr Franke erinnert an die Zeit vor 10 oder 15 Jahren. Da hätte die Versammlung dem Vorstand alle im Verein zutage getretenen Mängel vorgetragen.

Herr Haupt teilt zur Beruhigung mit, daß die Mitglieder in diesem Rathe ihre Dividende in derselben Weise und Höhe erhalten werden als in den früheren Jahren.

Herr Jordan kennt im Status die Bestimmung eines Schiedsgerichts nicht. Dem „Central-Anzeiger“ tut man viel zu viel Ehre an; hier sind wir Genossenschaftler und keine Politiker.

Der Vorsitzende Koppe betrauert sich dagegen, daß in den Versammlungen des Konsumvereins Politik getrieben würde.

Herr Schlich bestätigt das, was Koppe gesagt hat. Die Veränderungen, die sich im Konsumverein bemerkbar gemacht hätten, seien in den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen zu suchen.

Herr Franke erinnert an die Zeit vor 10 oder 15 Jahren. Da hätte die Versammlung dem Vorstand alle im Verein zutage getretenen Mängel vorgetragen.

Herr Haupt teilt zur Beruhigung mit, daß die Mitglieder in diesem Rathe ihre Dividende in derselben Weise und Höhe erhalten werden als in den früheren Jahren.

Herr Jordan kennt im Status die Bestimmung eines Schiedsgerichts nicht. Dem „Central-Anzeiger“ tut man viel zu viel Ehre an; hier sind wir Genossenschaftler und keine Politiker.

Der Vorsitzende Koppe betrauert sich dagegen, daß in den Versammlungen des Konsumvereins Politik getrieben würde.

Herr Schlich bestätigt das, was Koppe gesagt hat. Die Veränderungen, die sich im Konsumverein bemerkbar gemacht hätten, seien in den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen zu suchen.

Herr Franke erinnert an die Zeit vor 10 oder 15 Jahren. Da hätte die Versammlung dem Vorstand alle im Verein zutage getretenen Mängel vorgetragen.

Herr Haupt teilt zur Beruhigung mit, daß die Mitglieder in diesem Rathe ihre Dividende in derselben Weise und Höhe erhalten werden als in den früheren Jahren.

Herr Jordan kennt im Status die Bestimmung eines Schiedsgerichts nicht. Dem „Central-Anzeiger“ tut man viel zu viel Ehre an; hier sind wir Genossenschaftler und keine Politiker.

Der Vorsitzende Koppe betrauert sich dagegen, daß in den Versammlungen des Konsumvereins Politik getrieben würde.

Herr Schlich bestätigt das, was Koppe gesagt hat. Die Veränderungen, die sich im Konsumverein bemerkbar gemacht hätten, seien in den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen zu suchen.

Herr Franke erinnert an die Zeit vor 10 oder 15 Jahren. Da hätte die Versammlung dem Vorstand alle im Verein zutage getretenen Mängel vorgetragen.

Herr Haupt teilt zur Beruhigung mit, daß die Mitglieder in diesem Rathe ihre Dividende in derselben Weise und Höhe erhalten werden als in den früheren Jahren.

Herr Jordan kennt im Status die Bestimmung eines Schiedsgerichts nicht. Dem „Central-Anzeiger“ tut man viel zu viel Ehre an; hier sind wir Genossenschaftler und keine Politiker.

Der Vorsitzende Koppe betrauert sich dagegen, daß in den Versammlungen des Konsumvereins Politik getrieben würde.

Herr Schlich bestätigt das, was Koppe gesagt hat. Die Veränderungen, die sich im Konsumverein bemerkbar gemacht hätten, seien in den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen zu suchen.

Herr Franke erinnert an die Zeit vor 10 oder 15 Jahren. Da hätte die Versammlung dem Vorstand alle im Verein zutage getretenen Mängel vorgetragen.

Herr Haupt teilt zur Beruhigung mit, daß die Mitglieder in diesem Rathe ihre Dividende in derselben Weise und Höhe erhalten werden als in den früheren Jahren.

Herr Jordan kennt im Status die Bestimmung eines Schiedsgerichts nicht. Dem „Central-Anzeiger“ tut man viel zu viel Ehre an; hier sind wir Genossenschaftler und keine Politiker.

Der Vorsitzende Koppe betrauert sich dagegen, daß in den Versammlungen des Konsumvereins Politik getrieben würde.

Herr Schlich bestätigt das, was Koppe gesagt hat. Die Veränderungen, die sich im Konsumverein bemerkbar gemacht hätten, seien in den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen zu suchen.

Herr Franke erinnert an die Zeit vor 10 oder 15 Jahren. Da hätte die Versammlung dem Vorstand alle im Verein zutage getretenen Mängel vorgetragen.

Herr Haupt teilt zur Beruhigung mit, daß die Mitglieder in diesem Rathe ihre Dividende in derselben Weise und Höhe erhalten werden als in den früheren Jahren.

Herr Jordan kennt im Status die Bestimmung eines Schiedsgerichts nicht. Dem „Central-Anzeiger“ tut man viel zu viel Ehre an; hier sind wir Genossenschaftler und keine Politiker.

Der Vorsitzende Koppe betrauert sich dagegen, daß in den Versammlungen des Konsumvereins Politik getrieben würde.

Herr Schlich bestätigt das, was Koppe gesagt hat. Die Veränderungen, die sich im Konsumverein bemerkbar gemacht hätten, seien in den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen zu suchen.

Herr Franke erinnert an die Zeit vor 10 oder 15 Jahren. Da hätte die Versammlung dem Vorstand alle im Verein zutage getretenen Mängel vorgetragen.

Herr Haupt teilt zur Beruhigung mit, daß die Mitglieder in diesem Rathe ihre Dividende in derselben Weise und Höhe erhalten werden als in den früheren Jahren.

eingehend zum Vortrag bringen. Die Aula der Augustaschule, Liliensandstraße 5, ist für die Diensttage vom 24. und 31. Januar, 7., 14. und 21. Februar 1905 hieran reserviert. Beginn pünktlich 8 1/2 Uhr. Es sind zu diesem Vortrage Eintrittskarten abzugeben, die für 50 Pf. in dem Sekretariat Rathaus Zimmer 6, in der Klostergasse 1, zu haben sind und die für den ganzen Zyklus Gültigkeit haben. Die für den Vortrag des Herrn Dr. Willrich bereits gelieferten Eintrittskarten berechnen sich ohne weiteres zum Eintritt zu dem Vortrage des Herrn Dr. Kronenberg. Sofern von der Benutzung dieser Karten jedoch kein Gebrauch gemacht werden sollte, bitten gegen Rückgabe derselben die gezahlten Beträge im Sekretariat wieder abgefordert werden.

### Kleine Chronik.

#### Selbstmord eines Herrenhäuslers.

Auf einer Eisdelle im Pregel hat sich das preussische Herrenhausmitglied Majoratsherr Graf Guleburg-Gallingen bei Barckenstein (Ostpreußen) erschossen. Er begab sich an den Pregel, kroch auf den Knien bis an den Rand des Eises und löstete sich durch einen Schuss in den Kopf. Er hatte zu Hause einen Zettel zurückgelassen, auf dem er mitteilte, er fürchte geisteskrank zu werden. Die Leiche ist noch nicht gefunden.

#### Genickschmerz.

Nach amtlicher Mitteilung sind in Königsbrunn 7 Erwachsene und 26 Kinder an Genickschmerz erkrankt. Von denselben sind bis heute 4 Erwachsene und 13 Kinder gestorben.

### Rechte Nachrichten.

#### Der Kampf im Ruhrrevier.

(Eigener Drahtbericht der „Volksstimme“.)

-d- Essen, 16. Januar, 12 Uhr 40 Min.

Bis zur Stunde befinden sich 116 Zechen im Streik. Gestern fanden gegen 100 Versammlungen statt. Unter den Versammlungsteilnehmern befanden sich viele Frauen. Bei den Streikenden ist eine gute Stimmung vorhanden. Es sind schon viele Saalperrn verhängt

worden. Die Polizeistunde wird eingehalten. Versammlungen werden verboten. Besonders dürfen nicht mehr als drei Personen zusammenstehen, sonst schreitet gleich die Polizei ein. Ärzte verweigerten schon die Behandlung erkrankter Streikender.

Die Unternehmerpresse treibt fortgesetzt Schwindel mit aufgebrauchten und erfundenen Putzmeldungen.

Sicherem Vernehmen nach soll das Infanterie-Regiment Nr. 37 Befehl erhalten haben, sich zum Abmarsch in das Kohlenrevier bereit zu halten. Aus dem Osten treffen fortwährend Genbarmerie-Abteilungen ein.

Die Bergarbeiter organisieren einen Sicherheitsdienst, um die behördlichen Sicherheitsorgane zu überwachen.

Es ist vorgekommen, daß Bewohnern der Arbeiterkolonien gesagt wurde, wenn sie den Anforderungen der mit unteren Polizeibefugnissen ausgestatteten Kolonievögte und der Zechenbeamten, die Arbeit wieder aufzunehmen, nicht folgen, machten sie sich des Widerstandes gegen die Staatsgewalt (!!) schuldig.

#### Die Ablehnung des Ultimatums.

-d- Essen, 16. Januar, 3 Uhr 15 Min. nachmittags.

Der Bergbauliche Verein, die Organisation der Unternehmer, hat auf die Einreichung der Forderungen der Arbeiter heute folgende ablehnende Antwort gegeben:

„Wir beklagen aufs tiefste, daß ein großer Teil der Belegschaften sich hat hinreichend lassen,

unter rechtswidrigem Bruch des Arbeitsvertrages in den Ausstand zu treten.

Wir weisen die Behauptung auf das entschiedenste zurück, daß zu dem Vorgehen unerträgliche oder allgemeine Mißstände den Anlaß gegeben haben sollen.

Wir betonen auf das nachdrücklichste, daß die Vereinbarungen auf Grund der Arbeitsordnung lediglich Sache der Zechen-Verwaltungen und der einzelnen Arbeiter sind.

Auf die grundsätzliche Aenderung des Arbeitsvertrages einzugehen, welche in Ihrer Zuschrift gefordert wird, können wir unmöglich zugeben. Ihre Annahme würde der Ruin des westfälischen Bergbaues und der mit diesem aufs engste verknüpften Industrien sein.

Wir müssen daher die angetragene Vermittlung ablehnen und vertrauen dem gesunden Sinne der Belegschaften, daß sie sich nicht weiter in Not und Elend stürzen werden.“

Seit 1 Uhr tagt die Konferenz der Beauftragten der vier Bergarbeiter-Organisationen, in der die obige ablehnende Antwort bekannt gegeben wurde.

Die Beratungen sind noch nicht abgeschlossen. Angesichts der Stimmung der Massen und der durch die Provokation der Unternehmer gewachsenen Erbitterung ist anzunehmen, daß die Konferenz den allgemeinen Streik aller Belegschaften des Reviers beschließen wird.

Hd. Berlin, 16. Januar. Graf Büdler hat gegen das Urteil des Berliner Landgerichts Revision eingelegt. Außerdem soll seitens des Grafen eine Herausforderung zum Zweikampf an den Vorsitzenden der Strafkammer ergangen sein.

## Zigarren!

Zu ausnahmsweise billigen Preisen empfehle:

Sumatras n. Mille 22, 25, 28 und 30 M.  
Blattleinlage mit Vorderländen-Umblatt und Sumatra-20 M.  
jeweils sämtliche bessere Qualitäten von 100 Stück an zu Mille-Preisen  
Zigaretten garantiert rein türkische Ware 100 Stück 70 Pf.

### Zigarren-Versandhaus Otto Jäger

Magdeburg, Jakobstraße 47. 2040

Alles von neuem Fange! Alles la frische Ware.  
50,000 Fischcolli.  
Alle Prob. 3. Gupfel. mei. Firma für d. Spottperle  
2 Colli 3 1/2 Mark. mit sämtl. aufgeführt.  
Seilkatefen 100 rote Spinn II ab 125 d. litat. Nach-  
fische u. ff. Brath. I ab. 2 Pf. ca 130 best. Sardell-  
her u. ff. Bäck. I 1 Stk ff. Rauchlachs I 1 Fischschab I  
1 Pol. Dessertin I od. Anchois C. u. I fett.  
Kiefer Rauchal. II Dies Col. kostet mit noch 2 Doz  
zu. 25-30) Wien. u. marin ff. Her. nur 4 1/2 M.  
E. Degener, Nord u. Chnee-Fisch-Exp. Schwe-  
münde 12 Fern. wade am Bunich bei. 1 Doz Hummer zu 90 Pf.  
od. 1 Doz best. N. Caviar zu 75 Pf. od. ca 25 la. Rohlms zu 75 Pf.

## Sozialdemokratischer Verein für Magdeburg u. Umg.

Dienstag den 17. Januar 1905, abends 8 1/2 Uhr

## Sechs Bezirks-Versammlungen

Magdeburg, „Dreikaiserbund“  
Wilhelmstadt, „Luisenpark“  
Buckau, „Thaliasaal“

Sudenburg, „Zerbster Bierhalle“  
Neue Neustadt, „Weisser Hirsch“  
Alte Neustadt, „Krone“

Tagesordnung in allen Versammlungen:

1. Aufstellung von Kandidaten zu den bevorstehenden Wahlen.
2. Besprechung über die Entfaltung einer Hausagitation.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

## Zentralverband der Maurer Städtisches Orchester

Deutschlands, Zahlstelle Magdeburg.

Dienstag den 17. Januar 1905, abends 8 Uhr, im Lokale „Dreikaiserbund“, Gr. Storchstraße 7  
Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes und Abrechnung vom 4. Quartal 1904.
2. Neuwahl des Vorstandes.
3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Es ist Pflicht der Kollegen, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Der Vorstand.

Städt. Kapellmeister Joseph Krug-Waldsee.

Mittwoch den 18. Januar 1905, abends 8 Uhr

## Fürstenhof-Konzert

unter gefälliger Mitwirkung des 2161  
Magdeburger Lehrer-Gesangvereins  
und Wiederholung der Sinfonia domestica von R. Strauss.  
Eintrittskarten

zu nichtnum. Plätzen im Vorverkauf 30 Pf., a. d. Kasse 40 Pf., zu Logen u. num. Tischplätzen im Vorverkauf 55 Pf., a. d. Kasse 80 Pf.



**Dr. Elsner's**  
Seifenpulver  
erwirbt sich die ungeteilte  
Anerkennung aller Hausfrauen

In allen Geschäften zu verlangen!

Hauptniederlage: M. Lingner, Magdeburg-Wst.

### Schuhwaren!

Billig! Billig!  
Herren- u. Damenstiefel, Stiefel-  
letzen, Turn-, Strand- u. Kinder-  
schuhe, Pantoffeln, auch aus  
Kontinentalgummi, Waren  
nur Neustadt, Schmid-  
str. 44.

Wofür Sie schon

mit  
kluges

Seifensalmiak?

och-  
chle

Kanariensänger  
höchst prämiert mit goldenen Med-  
aillen, Stamm Seiner, Kanarien-  
sänger und Liebhaber, es ge-  
hört, vor Ankauf meiner Vögel  
dieselben gut anzuhören) gerne  
preiswert ab.  
2059

Wnh. Kaye, Thale  
Strubbruchweg 23.

Gänsefischmalz  
garantiert rein. Pfund M 1.20  
bei Weinberg, Berlinstr. 1a

### Kanariensänger u. Weibch.

(Stamm Seiner) sind  
abzugeben. R. Schuster 4, 22



### Wurstwaren

zu herabgesetzten Preisen. Leberwurst  
Pfd. 75 Pf. Rotenb. Pfd. 70 Pf.  
Sülze Pfd. 70 Pf. Bratenwurst Pfd.  
1 M. ff. Flomenmalz Pfd. 70 Pf.

Gottfried Rath  
Jakobstraße 2055

### Lungenheilstätte Lostau

Winter- und Sommerkur  
nach Bremer-Deulweiler.  
Aufnahme von Privatkranken.  
Sehr billige Preisverhältnisse  
inkl. ärztlicher Behandlung.

Von Magdeburg leicht zu erreichen.  
Alles Nähere durch den Chefarzt  
Dr. Brühl.  
2079

Himmelsreichstraße, 1. Etage,  
eine Seitenwohnung 3 3/4 M.  
zu vermieten. Näh. bei Weinberg,  
Berlinstraße 1a.

## Wahlkreis Calbe-Aschersleben

### Öffentliche Versammlungen zur Reichstagsstichwahl.

Montag den 16. Januar 1905, abends 8 Uhr, Stassfurt  
in Dieckmanns Lokal in  
Referent: Reichstagskandidat Adolf Albrecht.

Dienstag den 17. Januar, abends 8 Uhr, Quedlinburg  
im Restaurant Vorwärts in  
Referent: Reichstagsabgeordneter Adolf Hoffmann.

Mittwoch den 18. Januar 1905, abends 8 Uhr, Thale  
im Gasthof zur Lärche in  
Referent: Reichstagsabgeordneter Adolf Hoffmann.

Mittwoch den 18. Januar, abends 8 Uhr, Schönebeck  
im „Stadipark“ in  
Referent: Reichstagsabgeordneter Reier. Peus.

Mittwoch den 18. Januar 1905, abends 8 Uhr, Calbe  
in der „Reichskapelle“ in  
Referent: Reichstagsabgeordneter Jul. Fränsdorf.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

## Die Stichwahl.

Das Reichswahlkomitee.

Heute und folgende Tage:

Fortsetzung meines

## Inventur-Verkaufs

zu außergewöhnlich billigen  
Preisen. 2054  
Herren-, Knaben- und  
Arbeiter-Garderoben  
sowie

.. Schuhwaren ..

## B. Wolff

Gelegenheitskauf-Geschäft  
Schwerlfegerstr. 14.

## Wohnhaus

sofort zu  
verkaufen  
AL-Otterleben, Feldstr. 69a

## Schneiderlehrling

sucht  
sofort  
Gustav Nethe, Kutticherstraße 1.

## Stadt-Theater.

Dienstag den 17. Januar 1905.

Das Schwalbenneft.

## Im Zirkus

Nur noch wenige Tage  
das pikante, hochinteressante  
Berliner Sittenbild:

Ohne fittlichen Salt.

Mittwoch nachmittag 4 Uhr

Nübezahl.

Der Zirkus ist gut geheizt.

## Walhalla.

Ab 16. Januar 1905

Vollständig neuer  
konkurrenzloser Spielplan.

10 Attraktionen 10

Jeh nehme die Beleidigung gegen  
Herrn. Bauermeister hier-  
mit zurück. Frau Peters.